neue kritik

Herausgegeben vom Bundesvorstand des
Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS)

INHALT

Eberhard Dähne:	Die Stellung des SDS als unabhängiger sozialistischer Studentenverband
Elisabeth Lenk:	Die sozialistische Theorie in der Gruppenarbeit des SDS
Claus Offe:	Hochschule in der Demokratie – Anspruch und Realität
Hannes Friedrich:	Perspektiven internationaler Zusammenarbeit

Sondernummer zur XVII. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS
am 4. und 5. Oktober 1962 in Frankfurt am Main

S A A R L A N D

2622 € 14,-

Die Stellung des SDS als unabhängiger sozialistischer Studentenverband

- Rechenschaftsbericht des Bundesvorsitzenden -

Eberhard Dähne

Der Sozialistische Deutsche Studentenbund ist ein unabhängiger Hochschulverband, der sich als Teil der internationalen Arbeiterbewegung betrachtet. Dieses Selbstverständnis erfordert unsere Aktivität in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Die heutige 17. Delegiertenkonferenz unseres Verbandes findet nach dem Unvereinbarkeitsbeschluß des Parteivorstandes der SPD statt, der noch einmal dokumentierte, daß die Feststellung, die vor 15 Jahren - ein Jahr nach der Neugründung unseres Verbandes getroffen wurde, noch ihre volle Gültigkeit hat: "Der SDS ist keine Organisation einer politischen Partei." Mag sich unsere Arbeit auch auf eine Vielzahl von Gebieten erstrecken - sie folgt der damals aufgestellten Devise: Jede Vollversammlung hat aufs Neue zu beschließen, welche Parteien in ihrer politischen Praxis und ihrem Programm einen freiheitlichen, demokratischen Sozialismus vertreten. Diese Unabhängigkeit und die damit verbundene Diskussionsbreite innerhalb unseres Verbandes ist das wesentliche Element unserer Stellung an den Hochschulen.

Bei der heutigen Situation der Hochschule - ihrer restaurativen Entwicklung, dem Beharren auf den Positionen des Vorgestern - ist unsere unabhängige Stellung von außerordentlicher Bedeutung. Zeigt sie doch, daß wir gerade an den Hochschulen die Möglichkeit politischer Erfolge haben.
Als sozialistischer Studentenverband sehen wir die Hochschulsituation als Ausprägung der in der übrigen Gesellschaft herrschenden Situation und der Entwicklungstendenzen. Dieses Wechselverhältnis zwischen der Hochschule einerseits und der Öffentlichkeit andererseits bedeutet, daß jedes Hemmnis, das wir der reaktionären Entwicklung an den Hochschulen entgegensetzen, auch zur Verlangsamung der gleichlaufenden Entwicklung in der Gesamtgesellschaft beiträgt.

Der Hochschulreferent des SDS, Claus Offe, wird in seinem Referat "Hochschule in der Demokratie - Anspruch und Realität" Aspekte der heutigen Situation an den Hochschulen aufzeigen. Ich will mich daher darauf beschränken, die Frage der dem SDS vorenthaltenen Bundesjugendplanmittel als Beispiel zu behandeln, um die angedeutete Aussage zu präzisieren, und die aus ihr abzuleitenden Möglichkeiten der Aktion zu erläutern.

Es ist bekannt, daß der SDS seit 1960 keine Mittel aus dem Bundesjugendplan mehr erhält. Die auf Betreiben des SPD-Parteivorstandes wesentlich mitbeeinflußte Entscheidung des Bundesinnenministeriums wurde bis heute nicht ernsthaft begründet. Beim letzten ablehnenden Bescheid verzichtete man selbst auf die lapidare Floskel, daß der SDS nicht die Gewähr dafür biete, die beantragten Mittel im Sinne der Ziele des Bundesjugendplanes zu verwenden. Die Entscheidung wurde mit folgendem Wortlaut mitgeteilt: " Die Zuwendung ist bestimmt für

die Förderung der im Antrag genannten Maßnahmen der einzelnen dort aufgeführten Verbände mit folgenden Ausnahmen: 1. Die für den SDS beantragten Mittel können nicht bewilligt werden." (Zitiert nach einem Schreiben des BMI an den Studentischen Vorprüfungsausschuß beim VDS). Die Ziele des Bundesjugendplanes, auf die sich die bisherige Begründung berief - lauten: "Der Bundesjugendplan soll der Jugend helfen, sich körperlich, geistig, sittlich und beruflich in gesunder Weise zu entwickeln, sich in ihren eigenen Jugendgemeinschaften frei zu entfalten, und ihre Verantwortung gegenüber Familie, Gesellschaft und Staat zu erfüllen."

Das Bundesministerium des Innern, das dem SDS vorwirft, nicht im Sinne dieser Ziele zu handeln, verschleiert damit die eigentlichen Gründe seiner Entscheidung: 1. daß es sich zum Ziel gesetzt hat, eine unbequeme, oppositionelle Gruppe durch eine diffamierende Entscheidung und finanziellen Druck in ihrer Wirksamkeit zu lähmen - 2. daß es die Entscheidung unter dem Druck einer sachfremden hochschulexternen Organisation - der SDS - gefällt hat.
Ich erinnere an die Bemerkung von Herrn Ministerialrat Dr. Scheidemann im Oktober 1960, daß es Herrn Schröder (dem damaligen Bundesinnenminister) natürlich sehr unangenehm wäre, wenn Herr Wiener in einer Fragestunde mit Befremden feststellen würde, daß ein Verband, von dem sich die SPD distanziert habe, Bundesmittel erhält. In diesen Zusammenhang ist die Entscheidung einer Behörde der Hansestadt Hamburg interessant, die sinngemäß mit norddeutscher Kargheit konstatierte: Weil der SDS nicht mehr die Ziele der SPD vertrete, könne er auch nicht mehr aus dem Landesjugendplan gefördert werden. (Die Proteste einer breiten Hochschulöffentlichkeit gaben allerdings den Anlaß, inzwischen nach einer sachgerechteren Begründung zu suchen.)

Gegen die den Bundesvorstand betreffende Entscheidung haben andere Studentenverbände protestiert, oder eine ausreichende Begründung verlangt, wie z.B. der Liberale Studentenbund Deutschlands, der auf seiner 15. ord. Delegiertenversammlung im Frühjahr dieses Jahres eine Entschließung annahm, in der es u.a. heißt: " Besonderen Anlaß zur Kritik bietet in diesem Zusammenhang das Verhalten des Bundesministeriums des Inneren, das den SDS die ihm zustehenden Mittel aus dem Bundesjugendplan auf den, von der SPD erhobenen Vorwurf hin entzog, der SDS sei kommunistisch beeinfluß und verfassungsfeindlich."

Eine ähnliche Erklärung hatte kurz zuvor eine Vorsitzendenkonferenz des ISSF abgegeben.

Das Studentenparlemant der Universität Frankfurt beauftragte am 5. Februar 1962 den AStA der Universität beim Bundesinnenministerium eine Begründung für seine Entscheidung zu verlangen, da zu befürchten sei, daß ein derartiges Verfahren in Zukunft auch bei anderen Studentenverbänden angewendet werden könnte. In ähnlicher Weise beauftragte in jüngster Zeit der Delegiertenrat des VDS den Vorstand des Verbandes Deutscher Studentenschaften.

Diese Beispiele zeigen, daß die genannten Verbände und Institutionen der Studentenschaft erkannt haben, daß es bei der Sperrung der Bundesjugendplanmittel für den SDS um ein Problem geht, daß fern von politischen Meinungsverschiedenheiten für jeden Studenten von Interesse ist. Ist es doch möglich - wie es in der Resolution des Frankfurter Studentenparlamentes heißt - daß jeder Studentenverband in dieselbe

Lage geraten kann, sofern er eine unabhängige Meinung vertritt. Vielleicht ist es auch auf diese letzte Bindung zurückzuführen, daß der Ring Christlich Demokratischer Studenten und der Vorstand des Verbandes, der bis auf weiteres von der SPD ermächtigt ist, den Namen "Sozialdemokratischer Hochschulbund" zu führen, die Bemühungen des SDS und der übrigen zitierten Verbände und Institutionen nicht unterstützen, ja im Gegenteil in den letzten Wochen versuchten, den SDS aus der Arbeitsgemeinschaft Politischer Studentenverbände herauszudrängen, d.h. aus derjenigen Selbstverwaltungseinrichtung der politischen Studentenverbände, die die Aufgabe hat, jährlich 120.000 DM Bundesjugendplanmittel unter sich zu verteilen. Man weigert sich dort, den SDS in der bisherigen Form in den Voranschlag aufzunehmen, der dem Bundesinnenministerium vorgelegt wird. Zu einem Zeitpunkt, in dem der SDS eine verwaltungsgerichtliche Klage gegen das Bundesministerium vorbereitet - denn wir sind nach Lage der Dinge dazu gezwungen, uns der Rechtsmittel zu bedienen, die für den Fall von hoheitlichen Willkürakten vorgesehen sind - stellen diese Genannten Verbände ihre Abhängigkeit so augenscheinlich unter Beweis. Beide haben Interessen der Bonner Partei- und Staatsbürokratie höher gestellt als das Anliegen der Studentenschaft, das darauf gerichtet ist, in einem solchen Fall eine echte Entscheidung und das heißt Begründung für diesen Schritt des Innenministeriums zu erhalten. Wir sind aber der Meinung, daß sich auf lange Sicht auch diese Studentenverbände gegen die Bevormundung hochschulfremder Institutionen durchsetzen werden. Fürs uns kommt es jetzt darauf an, an Hand der Entscheidung des Bundesinnenministeriums darzustellen, daß sich einerseits staatliche Exekutivorganen von Einflüssen mächtiger Interessengruppen bestimmen lassen und daß andererseits an den Hochschulen Kräfte tätig sind, die solche Unzulässigen Verwaltungsakte durch ihre Haltung nachträglich billigen. Die Autonomie der Hochschule, die immer noch unangefochtene Zierde eines jeden Kulturprogrammes wird zum falschen Schein, wo sie den Interessengruppen als grundsätzlich manipulierbar gilt, wie die Auseinandersetzung des SDS mit der SPD zeigt.

Die Situation an der Hochschule spiegelt jedoch nur das wider, was sich in allen Bereichen der Gesellschaft durchzusetzen droht.

Wir haben diese Entwicklung oft analysiert und auf deren verhängnisvolle Auswirkungen hingewiesen. Ich möchte mich darauf beschränken, auf einige Beispiele aus der jüngsten Zeit hinzuweisen.

Die Politik des SDS in den vergangenen Jahren ist wesentlich durch die Tatsache bestimmt worden, daß sich der grundlegende Widerspruch unserer Gesellschaft der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit - verschärft hat. Der westdeutsche Kapitalismus, der nach 1945 seine alten Herrschaftspositionen zurückeroberte, ist charakterisiert durch ein alarmierendes Anwachsen der Kapital-Konzentration, die eng mit der Ausübung politischer Macht verknüpft ist. Darüber täuschen keine Gemeinsamkeitsphrasen hinweg, auch dann nicht, wenn Herr Wehner sie in der "Welt der Arbeit" publiziert: "Aufeinander angewiesen sind die Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, wenn sie nicht eine chaotischen Durcheinander die Schleusen öffnen wollen, durch das jede Seite geschädigt werden würde." Die Bedeutung einer solchen Haltung ist durchsichtig, stellt man sich nur folgende Fakten vor Augen: (1) den "Maßhalteappell" an e i n e Adresse, nämlich an die Adresse derjenigen, die in dieser Gesellschaft nach immer die Last politischer Fehlentscheidungen tragen mußten; (2) die Notstandsgesetzgebung; (3) die Wirtschaftsgespräche zwischen Vertretern der Bundesregierung und

den der Banken; (4) die darauf folgenden, fast gleichlautenden Memoranden der Regierung und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, die diese Gespräche abschlossen.

Niemand kann bei den angeführten Fakten die Bedeutung und Tendenz solcher Aktivitäten übersehen und am wenigstens Herr Wehner, der sich als Sprecher einer Partei exponiert, die den Anspruch erhebt, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten.
Die Kernpunkte der erwähnten Memoranden sind folgende: Die in den Tarifverträgen bereits vereinbarte Arbeitszeitverkürzung soll gesetzlich um ein Jahr verzögert werden; Unternehmer und Gewerkschaften sollen gesetzlich "verpflichtet" werden, zu Vereinbarungen zu kommen, die eine befristete Friedenspflicht enthalten; der Bundesregierung soll die Möglichkeit gegeben werden, Streiks- analog dem Taft-Hardley-Gesetu auszusetzen.

Für solch eine Kampfansage gegen die demokratischen Institutionen der Arbeitnehmer kann es nur eine Interpretation geben. Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik fühlen sich sich stark genug, den Versuch zu unternehmen, die Ergebnisse ihrer Fehlentscheidungen anderen aufzubürden. Die Gesetze der vielgerühmten "freien Marktwirtschaft" sollen für eine Ware - für die Arbeitskraft - nicht gelten.

Das Partnerschaftsgeschwätz, das reale Fronten in dieser Gesellschaft in Abrede stellt, ist von der einen Seite abgebrochen worden. Beweisen doch auch die Entwürfe zu den Notstands- und Notdienstgesetzen, daß man seinen eigenen Beteuerungen keinen Glauben schenkt und sich vorsorglich in Zeiten kaum sichtbar werdender sozialer Spannungen die Mittel verschafft, die bei der Aufdeckung der vorgetäuschten Partnerschaft durch soziale Auseinandersetzungen dann angewendet werden können.

Die außenpolitische Isolierung, in die die Bundesregierung nach dem Amtsantritt Kennedys immer mehr gedrängt wurde - oder, wie es die BILD-Zeitung ausdrückt, "der Verkauf von Deutschland" verstärken diese Tendenzen. Der sozialen Reaktion gesellt sich die nationale Emotion hinzu. Die Mauer in Berlin gilt als Rechtfertigung für Opfer, die den Arbeitnehmern abverlangt werden, obwohl sie doch im Grunde nur das Scheitern der Politik der Stärke dokumentiert.

Wer nach dem 13. August glaubte, daß eine Hinwadung der Bundesrepublikanischen Außenpolitik zu einer Politik der Realität erfolgen würde, wer da meinte, daß jetzt alles getan würde, um die Lebensumstände der Bewohner der DDR zu mildern, - die seit Kriegsende unter der Diktatur einer Partei leben, die sich sozialistisch nennt, aber ihre Politik ohne demokratische Legitimation praktiziert, der sah sich enttäuscht.

Es geschah seither nichts, was eine Änderung der bisherigen Politik, die zumindest mitschuldig an der heutigen Situation ist, auch nur andeutete. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Reaktion des RCDS - dem Sachwalter der Politik der Bundesregierung an den deutschen Hochschulen- auf ein Flugblatt der Frankfurter-SDS-Gruppe, worin dargelegt wurde, warum wir uns nicht an Fackelzügen anläßlich des 17. Juni beteiligen würden. Wir erklärten in dem Flugblatt, daß es heute darauf ankäme, der Bewohner der DDR und der Opfer des 17. Juni nicht zu gedenken, sondern nachzudenken, wie man eine Liberalisierung der Verhältnisse in der DDR erreichenkann; was man tun muß, um dem Opfer der Arbeiter des 17. Juni einen Sinn zu geben.

"Nationaler Verrat" hieß es, der SDS stehe nicht auf dem Boden des Grundgesetzes, zeterte man. Wir haben es nicht nur aus diesem Anlaß

wieder erfahren - es ist uns seit Jahren vorexerziert worden, daß der undifferenzierte, blinde Anti-Kommunismus die einstige Rolle des Anti-Semitismus übernommen hat. Die systematische Diffamierung oppositioneller Kräfte, die als die geheimen Vollstrecker des Willens fremder Kräfte deklariert werden, soll glauben machen, daß die demokratische Gesellschaftsordnung mit den herrschenden Verhältnissen und Klassen zu identifizieren ist.

In denselben Zusammenhang gehören die Methoden einer Westberliner Morgenzeitung, die Namen, Adressen und Matrikel-Nummer von Teilnehmern am Festival von Helsinki veröffentlichte - und damit unausgesprochen erklärte, daß die Genannten vogelfrei seien. Man mag zu der Tatsache, daß die Westberliner Festivaldelegation hinter einem Transparent "Westberlin" in das Stadion einmarschierte, stehen wie man will - dieses Verhalten einer Presse, die vorgibt, für die Freiheit zu votieren, und die dabei bewußt die Menschwürde des einzelnen verletzt, ist nur allzu bezeichnend. Wo bleiben hier diejenigen, die seit Jahren ein Gesetz fordern, das die Persönlichkeit vor den Indiskretionen der Presse schützt? Deutlicher kann man die eigentliche Funktion eines solchen Gesetzes nicht offenbaren.

Diese und ähnliche Geschehnisse erhärten nur das Ergebnis unserer Analyse: Die Bundesrepublik entwickelt sich in einem bedrohlichen Ausmaß zu einem Staat, der als autoritär bezeichnet werden muß. In diesem Prozeß bleiben die demokratischen Institutionen zwar formal unangetastet, werden aber zugleich ihres eigentlichen Sinnes entleert und ausgehöhlt.

Die geplante Notstands- und Notdienstgesetzgebung, besonders der Teil, der sich mit dem inneren Notstand beschäftigt, beweist, daß diese Gesetze für den Fall konzipiert sind ,daß die Diffamierung und Manipulation allein nicht mehr ausreichen. Wo zeichnet sich denn heute eigentlich ab, daß es der illegalen KP möglich sein sollte, jemals einen entscheidenden Einfluß auf die Gewerkschaften oder auf irgendeine Massenorganisation zu gewinnen? Aber darum geht es in Wirklichkeit auch gar nicht. Der Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Herr Paulsen, sagte vor einiger Zeit: Arbeitskämpfe seien eine politische Belastung, die man ohne Notstandsgesetz und ohne Eingriffsmöglichkeiten des Staates nicht riskieren könne. Wenn jetzt auch anläßlich des IG-Metall-Tages diese Äußerung dementiert wurde, Monate nachdem sie in vielen größeren Tageszeitungen publiziert worden war, so ändert das nichts an dem Tatbestand, daß das Notstandsgesetz in erster Linie die Organisationen der Arbeitnehmer entmachten soll.

Mit Bedauern müssen wir hier feststellen, daß Vieles von dem, was wir zur Notstandsgesetzgebung sagen und auch noch (bei der Beratung der Anträge) besprechen werden, nicht allzu konkret sein kann, weil

niemand von uns den Text des neuen Entwurfes kennt. Das Verhalten der SPD, die an dieser Tatsache zumindest mitschuldig ist, hat wieder einmal mehr bewiesen, daß sie schamlos und zynisch in der parlamentarischen Praxis verrät, wofür einzutreten sie immer noch vorgibt. Die Schlußfolgerung, daß der Entwurf, der zur Zeit beraten wird, das Licht der Öffentlichkeit scheuen muß, liegt allzu nahe.

Welche Aufgabe hat eine linke Opposition unter den gegenwärtigen Bedingungen in der Bundesrepublik? Welche Ansätze bieten sich ihr? Welche oppositionellen Kräfte sind am Werk und wie ist die Stellung des SDS zu ihnen. Die Beantwortung dieser Fragen, deren Aspekte wir immer wieder von neuem untersuchen müssen, dürfen wir uns nicht entziehen, wenn wir unsere Politik so effektiv wie möglich gestalten wollen.

Die Opposition in der Bundesrepublik steht vor der Aufgabe, die demokratischen Normen und Institutionen, wie sie in den ersten Nachkriegsjahren geschaffen wurden, gegen alle autoritären Kräfte zu verteidigen. Wir können als Sozialisten nicht in dieser bloßen Verteidigungsstellung verharren; wir wissen zwar, daß demokratische Verhältnisse erst in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung möglich sind; es muß aber immer in Betracht gezogen werden, daß die parlamentarische Demokratie eine unumgängliche Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf der Arbeiterbewegung ist. Bei allen unseren Überlegungen müssen wir davon ausgehen, daß sich die Position des Kapitalismus in der Bundesrepublik gefestigt hat, wozu die Integration in die EWG zumindest kurzfristig noch beitragen wird. Die Verschleierung der real bestehenden Klassengegensätze ist ebenso ein Symptom dafür wie die Entpolitisierung weiter Kreise der Arbeitnehmerschaft. Die Zeit der Restauration geht n i c h t ihrem Ende entgegen! Um zu dieser Feststellung zu kommen, genügt es bereits, daß schon erwähnte Memorandum der Bundesregierung zur wirtschaftlichen aufmerksam zu lesen. Wer hätte es z.B. vor zwei Jahren für möglich gehalten, daß die herrschende Klasse tariflich festgelegte Abmachungen infrage stellen würde?

Die Opposition in der Bundesrepublik wird wesentlich von den Gewerkschaftsorganisationen getragen, die zwangsläufig am ehesten mit dem sozialen Interessengegensatz in Berührung kommen. Ihre Politik ist heute in einem nicht zu unterschätzenden Ausmaß durch die Haltung der SPD behindert, die da meint, die sog. Interessen der Nation höher stellen zu müssen, als die von 90 % der Bevölkerung. Die SPD hat aufgehört, eine Oppositionspartei zu sein. Der Zeitpunkt rückt näher und zeichnet sich jetzt schon deutlich ab, an dem die SPD gezwungen sein wird, Farbe zu bekennen. Ein sichtbar hervorbrechender

sozialer Interessenkonflikt würde sie zu einer klaren Haltung zwingen: - Entweder für oder gegen die Gewerkschaftsbewegung. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Feststellung des Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Metall, Otto Brenner, der in seinem Referat auf dem Essener Gewerkschaftstag sagte: "Wir appellieren auch besonders an die gewählten Vertreter des Volkes im Bundestag. Wir erwarten von ihnen, daß sie im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften und allen anderen verantwortungsbewußten demokratischen Kräften sich den Versuchen der Bundesregierung widersetzen, die demokratische Struktur unserer Verfassung durch eine umfassende Notstands- und Notdienstgesetzgebung aufzuweichen!"

Aus dieser Formulierung wird ersichtlich, daß zumindest die IG-Metall als größte und einflußreichste Gewerkschaft der Bundesrepublik erkannt hat, daß die SPD keine oppositionelle Kraft ist, die die Interessen der wirtschaftliche Abhängigen konsequent vertritt. -

Der sog. "neue Kurs" dieser Partei war mit der Preisgabe der innerparteilichen Demokratie verbunden. Der SDS und die Sozialistische Förderergesellschaft haben diesen Vorgang am eigenen Leib zu spüren bekommen. Ohne auch nur einen Vertreter des SDS anzuhören, sprach der Parteivorstand der SPD am 6. November 1961 die Unvereinbarkeit der gleichzeitigen Mitgliedschaft in der SPD und im SDS sowie der Sozialistischen Förderergesellschaft aus. Allein die Tatsache, daß eine Partei von 600.000 Mitgliedern einer kaum vergleichbaren Anzahl von Opponenten nicht anders zu begegnen weiß, als durch einen Massenausschluß, zeigt die Schwäche der Position des Parteivorstandes. Die besoldete Gefolgschaft des Vorstandes ist größten-teils nicht mehr in der Lage, einer mit rationalen Argumenten geführten Diskussion zu folgen. Mitglieder müssen demzufolge entweder als Mitläufer und Ja-Sager fungieren, oder sich darauf beschränken, ihre monatlichen Mitgliedsbeiträge abzuführen.

Wenn man ihren eigenen Worten glauben will, so ist die Führung der SPD bemüht, die Partei in eine "Volkspartei" umzugestalten; sie vergißt dabei, daß dies auch innerparteiliche Konsequenzen nach sich ziehen muß. Würde man diese Bemühungen ernst nehmen, dann müßte der formal gewordenen Disziplin-Begriff einer Klassenpartei über Bord geworfen werden.

Der Parteivorstand der SPD hat es nicht vermocht, den jeder inner-

parteilichen Demokratie hohnsprechenden Ausschluß aktiver und bekannter Mitglieder der Partei ohne Anteilnahme einer breiten Öffentlichkeit durchzuführen. Eine große Anzahl von lokalen und überregionalen Tageszeitungen hat darüber berichtet. Dem Aufsatz von Prof. Hans Paul Bahrdt in der Wochenzeitung "DIE ZEIT" folgte aus Godesberg eine Flut von Diffamierungen in Gestalt einer Sondernummer des parteiinternen Periodikums "Tatsachen und Argumente". Der Bundesvorstand des SDS und der Vorstand der Sozialistischen Förderergesellschaft wiesen in einer Gegendarstellung nach, daß die 1o sachlichen Kernpunkte dieses Machwerks sämtlich unrichtig waren. Der Bundesvorstand legte außerdem eine Dokumentation zum Verhältnis zwischen SDS und SPD in der Zeit vom 1.8.1959 bis zum 3o.1. 1962 vor. Nach dem Unvereinbarkeitsbeschluß erklärten insgesamt 38 Professoren der westdeutschen Hochschulen und Universitäten ihre Solidarität mit dem SDS oder ihre Ablehnung der Diffamierung unseres Verbandes.

Gegen einige Punkte der Pseudodokumentation mußte eine einstweilige Verfügung beantragt werden. In der Begründung eines Urteils, welches der SPD untersagte, weiterhin die Behauptung zu verbreiten, der SDS habe im Januar 1959 einen "eindeutig von der SED infiltrierten Kongreß" veranstaltet, heißt es unter anderem: "Der Antragsgegnerin ist zwar zuzugestehen, daß sie sich gegen den SDS in einer Kampfsituation befindet, und daß im politischen Meinungskampf das Wort nicht auf die Goldwaage gelegt werden könne. § 193 des Strafgesetzbuches gestatte aber auch in solchen Lagen niemandem, sich über alle Schranken hinwegzusetzen, und der Schutz der genannten Vorschriften findet jedenfalls dort seine Grenzen, wo dem politischen Gegner ohne ausreichenden Beweis ein Zusammenwirken mit dem Staatsfeind angelastet wird." In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß Prof. Wolfgang Abendroth ebenfalls erwirkte, daß die Verleumdungsschrift in der vorliegenden Form nicht weiter verbreitet werden durfte.

Der Unvereinbarkeitsbeschluß hat noch einmal gezeigt, daß die Sozialdemokratie aufgehört hat, eine reale Oppositionspartei zu sein, die in der Lage wäre, eine fundierte Alternative zur bestehenden Gesellschaftsordnung aufzuzeigen. Wenn man während des letzten Wahlkampfes in Nordrhein-Westfalen verlauten ließ, daß man für die Beibehaltung der Konfessionsschulen sei, dann fragt man sich, welche Funktion die SPD heute eigentlich noch erfüllt.

Ich habe eingangs betont, daß wir ein unabhängiger Verband sind. Diese Unabhängigkeit ist uns nicht in den Schoß gefallen, sondern

mußte erkämpft werden. Der Frankfurter Kongreß, die Göttinger Delegiertenkonferenz, die Gründung des parteikonformen Hochschulbundes der SPD, die Distanzierung und schließlich der Unvereinbarkeitsbeschluß des Parteivorstandes bezeichnen ebenso die Etappen dieses Weges, wie unsere Abgrenzung zur DFU auf der vorjährigen Delegiertenkonferenz.

Der SDS hat aus diesen Auseinandersetzungen gelernt, daß es für unsere Wirksamkeit unerläßlich ist, die Meinungsbreite unseres Verbandes zu erhalten. Der SDS wird niemals wieder die Nachwuchsorganisation irgendeiner politischen Gruppierung werden - auch dann nicht, wenn eine große Mehrheit des Verbandes mit deren politischen Auffassungen und Zielen übereinstimmt. Sobald die spezifischen Bedingungen unserer politischen Praxis an den Universitäten nicht mehr in vollem Umfang berücksichtigt werden, machen sich tägliche Auswirkungen auf den Gesamtverband nur allzu bald bemerkbar. Das Recht von organisatorischen Gliederungen des SDS oder von Einzelmitgliedern darauf, sich in demokratischen sozialistischen Organisationen zu engagieren, wird dadurch nicht berührt. Aber zugleich muß alles getan werden, um die Arbeit des SDS an den Hochschulen so effektiv wie möglich zu gestalten. Ein kleines Beispiel dafür, wie dieses Engagement auf alle Fälle n i c h t aussehen sollte:
Die Anschlagtafel der Hochschulgruppe Kiel des SDS ist seit Monaten mit einem "Aufruf zur Sammlung der demokratischen Sozialisten" und einem Rundschreiben des Bundessekretärs der Sozialistischen Förderergesellschaft bedeckt. Ergänzt und grphisch akzentuiert wird das Ganze durch den Ausschnitt einer Balkenüberschrift aus dem "VORWÄRTS"(!): "Mitdenken - Mitlenken!" Ohne auf den Inhalt und die graphische Gestaltung dieses Anschlags hier näher einzugehen, sei fogendes wenigstens zur Wirksamkeit solcher Maßnahmen gesagt:
1) Wenn eine SDS-Gruppe Stellungnahmen von anderen Organisationen unbesehen übernimmt, so ist das zunächst ein Armutszeugnis.
2) Es wird jedem Leser zugemutet, daß er über die Auseinandersetzung zwischen SPD und dem SDS und der Förderergesellschaft genauestens informiert ist.
3) der Anschlag widerspricht jeder werbepsychologischen Erkenntnis. Der SDS kann keine Stellungnahme zu irgendeinem Problem durch den Mund einer Organisation abgeben, die mindestens 9o % der Studentenschaft unbekannt ist.

In diesem Anschlag wird genau das deutlich, was es auf jeden Fall zu vermeiden gilt, wenn wir willens sind, unsere Positionen an den

das Ziel stellte, den SDS zu unterstützen, der als erste größere Gruppe dem "neuen Kurs" der Partei zum Opfer gefallen war. Nach dem Unvereinbarkeitsbeschluß des Parteivorstandes und seiner Verleumdungskampagne gegen beide Organisationen und nach dem die letzten Illusionen zerstörenden Parteitag von Köln stand man vor der Aufgabe, einen eigenen Weg zu suchen, auf dem die verhängnisvolle Entwicklung in der Bundesrepublik verhindert werden kann.

Es kommt heute darauf an, etwas qualitativ Neues zu schaffen, das einerseits die dogmatische Beengtheit sozialdemokratischer "Realpolitik" (die blind ist) überwindet und andererseits eine Chance hat, im gesellschaftlichen Spannungsfeld eine spürbare Wirksamkeit zu entfalten. Die Diskussionen werden über die Frage geführt, wie dieses Neue aussehen soll, mit welchen Methoden der politischen Arbeit die größtmögliche Effektivität zu erreichen ist. Das kann nur bedeuten, daß wir uns überlegen müssen, wie wir die, die objektiv an den gesellschaftlichen Veränderungen interessiert sind, am besten mobilisieren können. SDS und die Sozialistische Förderergesellschaft allein können die Wirklichkeit nicht verändern!

Unsere Diskussion darf sich nicht auf die Organisationsform beschränken, weil diese abhängig davon bleibt, inwieweit es gelingt, aus der Auseinandersetzung mit den verfestigten gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik praktische Folgerungen zu ziehen.

Die Trennung von der SPD, war der erste Schritt, der zweite kann nicht sein, daß man über einer neuen Organisation die eigene tatsächliche Schwäche, die relative Schwäche der Linken in der Bundesrepublik vergißt und die unmittelbaren Fragen verdeckt.

Die Organisationsform kann nur Mittel sein - sie bleibt es aber nicht, wenn der Zweck unklar ist, und in Hoffnungen oder Wunschvorstellungen mündet.

Die Linke kann sich nur mittels einer durchdachten Aktivität bewähren.

Prinzipiell steht der SDS vor derselben Wirklichkeit wie alle linken Gruppierungen in der Bundesrepublik.

Wir müssen uns z.B. klar darüber sein, daß selbst eine befriedigende Aktivität an der Hochschule und eine zahlreiche Mitgliedschaft allein nicht-s über den Erfolg unserer Arbeit aussagen würden. Der SDS hat immer s e i n e besondere Aufgabe darin gesehen, systematische

theoretische Arbeit zu leisten. Es kommt darauf an, eine, der heutigen Wirklichkeit der kapitalistischen Gesellschaft entsprechende- realisierbare Alternative zu entwickeln. Eine solche Arbeit liegt für einen Teilausschnitt unserer Gesellschaft, für die Hochschule, vor. Die aus unserer Denkschrift "Hoshschule in der Demokratie" abzuleitenden Forderungen können klar begründet und in die historische und tendenzielle Entwicklung des modernen Kapitalismus eingeordnet werden. Wir wissen, daß der Erfolg unserer Arbeit, gerade in Kreisen außerhalb unseres Verbandes, uns verpflichtet, auf diesem Gebiet weiter zu arbeiten.

Die Konzeption unserer theoretischen Arbeit, über die Elisabeth Lenk in ihrem Referat "Die sozialistische Theorie in der Gruppenarbeit des SDS" noch einiges sagen wird, kann nur eingehalten werden, wenn sich alle Mitglieder unseres Verbandes ihrer Wichtigkeit bewußt sind. Interessant ist es, in diesem Zusammenhang ein Beschluß der letzten Vollversammlung des SDS-Landesverbandes Berlin, der alle Mitglieder verpflichtet, an mindestens einer der bestehenden Studiengruppen oder Arbeitskreise teilzunehmen. Die "neue kritik" und die Seminar-Arbeit können die Tätigkeit in den Gruppen allenfalls unterstützen- aber niemals ersetzen. Diesem Arbeitsbereich kommen unsere internationalen Kontakte zugute. Auf die Auslandsarbeit des Verbandes geht der Auslandsreferent des Bundesvorstandes, Hannes Friedrich, in seinem Referat "Perspektiven internationaler Zusammenarbeit" ein.

Ich möchte nur noch einmal unsere Stellung zu den Weltjugendfestspielen in Helsinki umreißen: In einer Pressemitteilung des Bundesvorstandes vom 29.8. 62 heißt es: "Der SDS bedauert, daß es ihm aus finanziellen und politischen Gründer nicht möglich war, eine offizielle Delegation nach Helsinki zu entsenden. Die Diskussuionen mit Festivalteilnehmern der neutralen Staaten, die durch die Bundesrepublik zurück reisten, zeigten uns, daß es unbedingt notwendig ist, unabhängige Meinungen im Rahmen des Festivals zu vertreten. Auch kleine Delegationen können diese Funktionen erfüllen, wie das Beispiel der LSD-Teilnahme in Wiem sowie das Auftreten der Schweizer Gruppe "Wahret die Freiheit" und der kanadisch/amerikanischen Delegation, die gegen die sowjetischen Atombomben-versuche protestierten, in Helsinki gezeigt hat. Es ist nach unserer Meinung verhängnisvoll, wenn sich Jugend- und Studentenorganisationen der neutralen Staaten ausschließlich dem "Weltbund der demokratischen Jugend" und der "International Union of Students" (IUS) anschließen. Dieser Entwicklung ist aber nicht durch einen Boykott zu begegnen. Sehr wichtig erscheint uns z.B., daß man die Darstellung und Diskussion der deutschen

Frage nicht der manipulierten und einseitig orientierten Festivalleitung überläßt.

Der SDS wird sich bemühen - bei ähnlichen Veranstaltungen der Zukunft - mit einer eigenen unabhängigen Delegation teilzunehmen. Seine Vorbedingungen sind: Das Recht auf einen eigenen Delegationsstatus, das Recht auf Abhalten eigener Pressekonferenzen, maßgebliche Beteiligung an der Gestaltung von Studentenseminaren und die Möglichkeit auf allen Veranstaltungen und mit allen Teilnehmern frei und offen zu diskutieren."

Genossinnen und Genossen! Ich habe versucht, einen kurzen Überblick über unsere Arbeit und unsere Vorstellung zu geben.

Abschließend möchte ich im Namen unseres Verbandes allen denjenigen danken, die uns im vergangenen Jahr materiell und ideell unterstützt haben, insbesondere unseren Freunden in der Sozialistischen Förderergesellschaft.

Wir danken allen Mitarbeitern des Bundesvorstandes und den Genossen in den Gruppen für ihre Tätigkeit. Ich glaube, es muß einmal gesagt werden: ohne Eure aufopfernde Arbeit würde der SDS als Bundesverband nicht mehr existieren.

Aber das Bestehen einer Organisation allein ist noch keine politische Realität. Nur, wenn es uns gelingt, unsere kritische Wirksamkeit immer wieder in die Gesellschaft zu tragen, können wir unserem Ziel, der geeinten, demokratischen Ge-sellschaft näherkommen.

Die Sozialistische Theorie in der Gruppenarbeit des SDS

Referat von Elisabeth Lenk

Der SDS lebt weiter. Dies ist ein Beweis dafür, daß es in der Bundesrepublik Sozialisten gibt, die, auch ohne das wohltuende Gefühl, Teil einer großen Bewegung oder Organisation zu sein, den Mut nicht verlieren. Aber nun stellt sich uns gleich die Frage: den Mut zu was? Es ist ein unvermeidlicher und notwendiger Prozeß, daß der SDS, auf sich selbst zurückgeworfen, viele Fragen, die in der Kirche SPD - oder heute besser Firma - gelöst schienen, neu noch einmal durchdenkt. Nicht, daß uns der Ausschluß selbst allzuviele Rätsel aufgegeben hätte. Ist doch, wie Max Weber bereits vor dem ersten Weltkrieg bemerkt, der Ausschluß renitenter Mitglieder die ultima ratio jedes bürokratisierten politischen oder religiösen Verbandes. Nein, was uns jetzt beschäftigt, ist die schlichte und doch in einem Zustand blinder politischer Praxis fast revolutionär anmutende Frage: Was tun? Können SDS und Förderergemeinschaft zum Kristallisationszentrum einer Neuen Linken in Westdeutschland werden? Und wenn: Welches könnten die Ziele und Aufgaben einer solchen Neuen Linken sein? Die Antwort auf solche Fragen ist von großer Bedeutung. Kommen wir zu dem Schluß, daß Ziele und Aufgaben schon bekannt sind, dann stehen wir nur noch vor dem Problem, eine Organisation zu schaffen, die ein solches Programm praktisch und taktisch vertritt. Ergibt es sich aber - und diese Antwort ist m.E. viel wahrscheinlicher - daß wir uns über das Ziel einer freien sozialistischen Gesellschaft zwar mehr oder minder einig sind, nicht aber über den Weg und die heute möglichen und notwendigen Aufgaben, dann würde das für uns heißen: Das erste, was wir zu leisten hätten, wäre eine grundsätzliche Besinnung darauf, was in der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Situation an sinnvoller Praxis möglich ist.

Aber bereits bei diesem Punkt fangen die Meinungsverschiedenheiten an. Es gibt Leute, die einem solchen Moment des Innehaltens, der Analyse und theoretischen Besinnung als bloßem Theoretisieren, als Treiben esoterischer Zirkel, die sich als Gehirn der Gesellschaft vorkommen, mißtrauen. Sie führen bedenkenswerte Argumente an: Etwa, daß durch solche streng theoretische Arbeit kleiner Kreise die Kluft, die ohnehin zwischen Intellektuellen und der übrigen potentiell der Linken nahestehenden Bevölkerung herrscht, nicht aufgehoben, sondern noch vertieft werde. Marxistisch sei dieses Verhalten selbst dann nicht, wenn man bei dieser Arbeit Marx lese, weil die Theorie-Praxis-Einheit gefährdet und einseitig zugunsten der Theorie entschieden werde. Obwohl dies - wie gesagt - ernsthafte Einwände sind, scheint es mir, mit einem Blick auf die Gesellschaft, in der wir uns befinden, nicht allzu schwer zu sein, solches Mißtrauen zu zerstreuen.

Das, was heute Menschen treiben, die sich selbst gern als ernsthaft und praktisch bezeichnen, ist kaum weniger absurd, als es die absurdeste Theorie sein könnte. Beliebte Floskeln wie: "Man muß den Realitäten ins Auge sehen" und "frei von veralteten Ideologien" können darüber nicht hinwegtäuschen. Im Gegenteil, sie sind verräterisch: Wer es nötig hat, unablässig den realistischen Charakter seines Handelns zu betonen, verrät, daß er selbst im Innersten davon nicht ganz überzeugt ist. Daß CDU-Politiker eine blinde politische Praxis betreiben, ist, von ihrem einzigen Motiv des Handels her: Den status quo um jeden Preis zu erhalten, durchaus verständlich. Für sie ist eine Zukunft, die andere, neue Perspektiven eröffnen würde, tabu. Sie können und dürfen sie sich nicht anders vorstellen, als die Wiederholung des Immergleichen. Daß zweimal in diesem Jahrhundert eine relativ kurze Friedenszeit in eine Kriegskatastrophe mündete, hat in ihren Köpfen sich als Zwangsläufigkeit festgesetzt. Sie können sich Frieden anders als eingekeilt zwischen zwei Katastrophen nicht vorstellen. Es ist nur konsequent, wenn ihre politische Phantasie keine anderen Bahnen kennt, als die, den Fall X, den Ernstfall, bis hin zum Befehlsbunker und Konservenvorrat vorzubereiten. Daß ein wirklicher Fall X, eine Atomkatastrophe nämlich, solcher

kleinbürgerlich-emsigen Vorbereitungen spotten würde, kann starr-konservativen Hirnen nicht eingehen. Ebenso ist es, von einem Bewußtsein her, welches am Herkommen orientiert ist, verständlich, wenn man, ähnlich dem Don Quichotte zwar nicht ein Heer tapferer Ritter heranbildet, aber immerhin so tut, als ob wir in einem Zeitalter lebten, in dem kriegerische Entscheidungen durch persönlichen Mut, Truppendisziplin und körperlich-technische Tüchtigkeit von Soldaten getroffen würden.

Dagegen ist ein ähnlich absurdes politisches Verhalten bei der SPD, die doch zumindest noch immer eine Alternativpartei sein will, nicht ganz einleuchtend. Die SPD-Bürokratie, die sich ihres Kopfes entledigt hat, weiß nun nicht viel besseres zu tun, als den Bewegungen der CDU mimetisch sich anzupassen. Hatte man bislang den Mangel an konkreten Reformvorschlägen der SPD durch das Kautsky'sche Argument, daß man auf die Revolution warte, entschuldigen können, so macht sich jetzt die praktische Konzeptionslosigkeit bei einer ihmen Anspruch nach auf Verbesserungen ausgehenden Partei empfindlich bemerkbar. Es ist fast so, als wollte die von den SPD-Bürokraten so verachtete Theorie sich an ihnen rächen, indem sie sie mit Einfaltslosigkeit schlägt.

Es wäre nun aber bestimmt keine Lösung dieses Problems, wenn eine Neue Linke jenen Kautsky bereits einbalsamierten von Marx, den die SPD über Bord geworfen hat, ihrersetis herausfischte und wiederzubeleben versuchte (Ich brauche die Gründe dafür hier nicht näher auszuführen. Thomas von der Vring hat das in seinem Aufsatz "Von der Bürokratie zur Wissenschaft", Werkhefte Juli 1962, im einzelnen analysiert). Eine Neue Linke, die ohne theoretische Besinnung sich in organisatorische Arbeit stürzte, wurde unvernünftig und damit zugleich unpraktisch handeln. Ist doch jene so kompliziert klingende Marx'sche These, daß die Theorie ein notwendiges Moment der Praxis ist, im Alltagsleben jedem Kinde geläufig. Ja, selbst vom Affen Sultan, mit dem der Gestaltpsychologe Köhler u.a. seine Intelligenzversuche durchführte, wird berichtet, daß er nach vergeblichen Versuchen des Sich-den-Kopf-am-Gitter-Wundstoßens einen Moment innehielt, dann auf eine nicht mehr kopflose, sondern plan-

volle Weise einen Stock ergriff, um mit ihm sich die begehrte und weitabliegende Banane heranzuscharren. Was dem Affen Sultan recht ist, sollte uns, die wir weder CDU- noch SPD-Politiker sind, billig sein.

Aber nun kommen wir zu der ernsten und wichtigen Frage: Was ist eigentlich sozialistische Theorie? Ist es wirklich nötig, sich mit ihr zu befassen, oder würde es nicht vielmehr genügen, sich, wenn man schon die Notwendigkeit eines überlegten Handelns einsieht, von Fall zu Fall praktisch-kritisch zu orientieren. Diese Frage ist zugleich die, ob und inwiefern der SDS sich von denen, die man gemeinhin Nonkonformisten nennt, unterscheidet.

Die Nonkonformisten begnügen sich damit, daß sie anders sind als die Anderen. Sie haben ebenso wie wir das Gefühl dafür, daß manches in unserer Gesellschaft nicht stimmt. Aber dieses Mißbehagen ist nicht tief, sie haben nicht das, was Brecht einmal den langen Zorn genannt hat. Ihr Mißbehagen wandelt sich in dem Moment um in Behagen, in dem sie auffallen und das Gefühl haben können, nicht zur Masse zu gehören. Sie glauben schon revolutionär zu sein, wenn sie in Jazzkellern sitzen und die Haare à la Enzensberger tragen. Sie glauben schon revolutionär zu sein, wenn sie Rothändle rauchen, Konkret oder den Spiegel lesen und, um die spießbürgerliche Umwelt zu schockieren, SDS-Mitglied werden. Für sie gilt - frei nach Adorno - der Satz "Sie pfeifen auf die Welt, doch was sie pfeifen, ist ihre Melodie". Indem sie sich zufrieden geben, von der großen Masse sich zu unterscheiden, bestätigen sie im Grunde nur das Gesetz der Gleichförmigkeit. Ihre Kritik ist eine Pseudokritik. Sie begnügen sich damit, die Würze im Eintopf des status quo zu sein.

Vielleicht ist mancher auf den Umweg über den Nonkonformismus zu uns gekommen. Und wir sähen wirklich einem Haufen von Nonkonformisten zum Verwechseln ähnlich, wenn wir nicht versuchten, durch Analyse und sozialistische Theorie über den bloßen Protest, das einfache Dagegen, hinausgehen. Nur auf diese Weise sind wir zu der bestimmten Negation fähig, von der

Kolakowski sagt, daß sie immer zugleich auch Konstruktion sei. Nur durch sie könnten wir uns mit recht "links" nennen, das heißt, fähig, diese Gesellschaftsordnung zu transzendieren, anstatt wie die Nonkonformisten sie durch bloße Teilkritik als Ganze zu bestätigen.

Was aber ist sozialistische Theorie? Ist sie identisch mit dem reinen, unverfälschten Marxismus, der wie die Bibel der Lutheraner von allen Verwässerungen und Vergröberungen reingewaschen gegen eben diese Verwässerung und Vergröberungen ausgespielt wird? Oder ist sie ein revidierter Marxismus, und wenn, dann welcher; der Bernstein'sche, Kautsky'sche, Lenin'sche oder der irgendeines Marx-Existenzialisten? Oder ist sie gar nur das eklektische In- und Miteinander von brauchbaren Theorie-Einzelstücken?

Uber eins sind wir - so glaube ich - einig: Sozialistische Theorie ist für uns keine Weltanschauung, sie ist keine Watte, mit der wir alle Löcher unseres Wissens und alle sich zum Fragen öffnenden Münder zustopfen könnten. Und doch ist sie auch wiederum nicht gleichzusetzen, mit dem, was man gemeinhin der Weltanschauung entgegenhält, mit positivistischer Wissenschaft, wie sie sich heute an den Universitäten in der Regel darbietet. Hier ist Wissenschaft vergleichbar mit einer zwielichtigen Dame, die hoheitsvoll auf den herablächelt, der naiv sich ihr nähert, von der aber zugleich bekannt ist, daß sie, wo nur Geld und hohes Ansehen winken, beliebige Verbindungen eingeht.

Wenn wir dennoch von der Theorie als von einem wissenschaftlichen Sozialismus reden, dann verstehen wir Theorie in dem Sinne wie sie in der Philosophie von Aristoteles bis Hegel verstanden wurde. Wer nur etwas von Hegel gelsen hat, der weiß, daß sich solche kritische Theorie vor den praktischen Wissenschaften nicht in einen Schmollwinkel zurückzuziehen braucht; d.h. für uns als Studenten, daß wir mangelndes Wissen in unseren Fachwissenschaften nicht durch das Protzen mit sozialistischen Schlagworten wettmachen können. Mit dem Begriff der Wissenschaft hat sozialistische Theorie die Methode gemein, Tatsachen nicht isoliert zu betrachten. Es bedarf eines

mühsamen wissenschaftlichen Weges, um von der Oberfläche der Erscheinungen zu ihren Ursachen und Zusammenhängen zu gelangen. Sozialistische Theorie wendet diese Methode auf die Gesellschaft an. Sie geht von der Hypothese aus, daß zumindest in unserer von Rationalität durchsetzten Gesellschaft Erscheinung und Wesen nicht identisch sind, d.h. daß es wissenschaftlicher Arbeit bedarf, um durch die Fülle der Einzelerscheinungen hindurch zur "Konstruktion" (Kracauer) der Gesellschaft vorzudringen. Diese Konstruktion der Gesellschaft ist für die sozialistische Theorie ebenso veränderbar wie jede gesellschaftliche Einzelerscheinung.

Die Art, wie die Gesellschaft sich bislang in der Geschichte veränderte, ist ein höchst komplizierter, dennoch gewissen Gesetzmäßigkeiten unterliegender Prozeß. Es gab nicht, wie beim Bau oder Umbau eines Hauses, irgendeinen oder einige, die das Ganze der Konstruktion im Kopf hatten und nach einem bestimmten Plan verfuhren. Die Art, wie die Menschen bisher Geschichte machten, gleicht eher jenem im Einzelnen exakten, im Ganzen aber blinden Verfahren, das Kafka in seiner Erzählung "Beim Bau der Chinesischen Mauer" beschreibt. Diese Mauer wurde als Schutz gegen sagenhafte und der Bevölkerung unbekannte Feinde nach dem sogenannten Teilbausystem erbaut. Eine große Anzahl Menschen brachte durch Generationen hindurch ihre Zeit mit dem Mauerbau zu. Man bedurfte dazu eines hierarchischen Systems. Es war von Führern die Rede, die angeblich wissen sollten, worauf das alles hinauslaufe. In der Zeit jedoch, als man den Mauerbau schon als beendet erklärte, brachten einige den nicht unbegründeten Verdacht auf, daß die Mauer, so mächtig sie auch immer sein mochte, doch eine Reihe von Lücken enthalte, daß sie also den eigentlichen Zweck, die Bevölkerung vor einem Feinde im Norden zu schützen, gar nicht erfüllte. Deshalb, weil der Sinn des Ganzen höchst fragwürdig war, galt für viele, die ihr Leben dem Mauerbau widmeten, der Grundsatz: "Suche mit allen deinen Kräften die Anordnungen der Führerschaft zu verstehen, aber nur bis zu einer bestimmten Grenze, dann höre mit dem Nachdenken auf" (Kafka, Die Erzählungen, S. Fischer Verlag 1961, S. 283).

Die Einhaltung dieses Gebots, bei einer bestimmten Grenze mit dem Nachdenken aufzuhören, wird uns heute von der Kulturindustrie abgenommen. Sozialistische Theorie ist die Respektlosigkeit, solche gesellschaftlich gesetzten Grenzen des Nachdenkens zu überschreiten. Sie sucht nicht nur Teilstücke, sondern die Gesellschaft als Ganze zu durchschauen. Erst dann rührt man an ihr Grundgesetz, das ein absurdes, widersprüchliches ist. Dieser Grundwiderspruch liegt doch offenbar darin, daß in einer Gesellschaft, deren Überfluß sprichwörtlich ist, ein ungeheurer Mangel an Zeit herrscht; daß Millionen, ohne daß die Polizei sie antriebe, mit mißmutigem Ernst täglich an der Produktion eines Überflusses arbeiten, zu dessen Genuß sie nicht kommen.

Die ganz wenigen, die an solchen absurden Zuständen Interesse haben, weil sie ihre Freiheit, die Freiheit des money-making verbürgt, haben es verstanden, der großen Mehrzahl zu suggerieren, daß dieser Zustand auch in deren Interesse sei. In Wirklichkeit aber sind jene 80 % der Bevölkerung, die einen wachsenden Überfluß an Gütern erzeugt haben, selbst immer wieder da angelangt, wo sie schon waren: In der mehr oder weniger verbrämten Armut dessen, der - um leben zu können - sich selbst stückweise verkaufen muß, Tag für Tag, bis zum 40-jährigen Dienstjubiläum, bis zum kraftlosen, durch eine Rente spärlich erhelltem Alter. Während man in dieser absurden Gesellschaft auf der einen Seite jährlich bedenkenlos Millionen von Arbeitsstunden verschwendet, indem man - um nur ein Beispiel zu nennen, Waffen, die dem Profitgesetz der Mode unterliegen, verschrottet, müssen auf der Kehrseite die, welche solche Dinge produzieren, mit jeder Minute ihrer Lebenszeit geizen, als lebten sie noch im Zustand der bittersten Armut. Das Erstaunliche aber an diesen Verhältnissen ist, daß sie tatsächlich der Mehrheit der Menschen als selbstverständlich erscheinen. Ideologie ist nicht mehr nur eine Sache des Bewußtseins, sondern sie ist ins Verhalten der Menschen selbst eingegangen. Die Selbstverständlichkeit, mit der bei uns Millionen sich Tag für Tag willig an ihrem Arbeitsplatz einfinden, mit der sie also den objektiv gar nicht mehr notwendigen Zwang verinnerlicht haben, ist

geronnene, zum Verhalten verfestigte Ideologie. Künftigen Historikern wird dieses Verhalten einmal das gleiche Erstaunen abnötigen, wie es uns befällt, wenn wir Fliegen beobachten, die sich an einer Glasscheibe ab- und zutode arbeiten. Würden sie nur einen Moment lang im Schwirren innehalten, so bemerkten sie, daß wenige Zentimeter weiter ein Spalt ist, durch den sie ins Freie fliegen könnten.

Dieser Ausweg des "Ins-Freie-Fliegens" ist als objektive Möglichkeit in unserer Gesellschaft vorhanden. Gemessen am technischen Stand der Produktivkräfte sind wir an der Schwelle zu einem Zustand, in dem die Arbeit und damit der gesellschaftliche Zwang für alle auf ein Minimum reduziert werden könnte. Eine solche Gesellschaft, in der die Produktion mit dem "geringsten Kraftaufwand" unter den "der menschlichen Natur am würdigsten und adäquatesten Bedingungen" sich vollzieht (Marx, Kap. III, S. 873 f.) und in dem "nicht mehr die Arbeitszeit, sondern die disposable time (freie Zeit) Maß des Reichtums ist" (Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, S. 596) setzt allerdings im Sinne von Marx die Aufhebung des Grundprinzips der kapitalistischen Wirtschaft voraus. Denn zu diesem Wirtschaftssystem gehört, daß in erster Linie nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung geplant und gewirtschaftet wird, wobei die Befriedigung der elementaren menschlichen Bedürfnisse mehr oder weniger als ein glücklicher Zufall betrachtet werden kann. Wären wir zufällig zur Zeit der Weltwirtschaftskrise oder in Süditalien in die Welt gekommen, dann hätten wir die Erfahrung gemacht, wie leicht man in diesem System bei allem Reichtum an Gütern verhungern kann. Auf Grund der absurden Struktur unseres Wirtschaftssystem äußert sich die Tatsache, daß wir bereits im Überfluß leben, in einer verkehrten Form: negativ, dadurch, daß Güter verschwendet, verschrottet werden und daß, wenn dies nicht möglich ist, die Gefahr von Überproduktionskrisen droht. Der menschliche Reichtum existiert nur in der entfremdeten Form eines Überflusses an Dingen. Er äußert sich nicht, wie es allein sinnvoll wäre - in einem Reichtum an Zeit, in einer Befreiung der Menschen vom universellen Arbeitszwang. Jeder vernünftige Einzelmensch sagt sich, wenn

er auf irgendeine Weise zu Reichtum kommt, daß er sich nun ein schönes Leben machen kann und sich nicht mehr abzurackern braucht. Die Vernunft unserer Gesellschaft ist bei dieser schlichten Wahrheit noch nicht angelangt.

Wir, die wir an der Veränderung eines solchen Zustandes arbeiter wollen, dürfen es uns dabei nicht zu leicht machen. Es genügt nicht - wie es die Gefahr der sogenannten "Theoretiker" unter uns ist, Formeln wie: "Radikale Veränderung des Bestehenden", "Apologie" oder "das ist verdinglichtes Denken" ständig bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit im Munde zu führen. Ebensowenig jedoch genügt es - wie es die Gefahr derer ist, die sich zu den Praktikern zählen - hier und da im kleinen Unzufriedene aufzuspüren, zu sammeln und zu organisieren. Sondern es ist nötig, solche von mir eben noch sehr vage vorgetragenenHypothesenüber Tendenzen und Widersprüche unserer Gesellschaft wissenschaftliche zu erhärten und zugleich durch die Analyse hindurch Ansatzpunkte zum praktischen Eingreifen und Verändern aufzuzeigen.

Dabei müßte man - ganz grob gezeichnet - in drei Schritten vorgehen

1. wäre ausgehend von den technisch-ökonomischen Möglichkeiten die Perspektive einer neuen Gesellschaft zu entwerfen, die sich in die herkömmlichen Begriffe der Mangelwirtschaft nicht mehr einfangen läßt,
2. wären von dieser Perspektive her die Mechanismen in unserer Gesellschaft zu untersuchen, die eine solche objektiv mögliche Entwicklung hemmen und zugleich im Bewußtsein der Menschen den status quo verewigen.

Dabei wird man wahrscheinlich zu der Erkenntnis kommen, daß die Alternative heute nicht mehr, wie bei Marx, heißt: entweder ungeregelte Marktwirtschaft oder Planung. Vielmehr wird ja bekanntlich schon heute auch die kapitalistische Wirtschaft geplant, aber auf eine Weise, die man von unserer Perspektive her pervertierte Planung nennen könnte. Während jeder vernünftige Einzelmensch plant, um Zeit zu gewinnen, wird im Ganzen unserer Gesellschaft das Leben derer, die

sie reproduzieren, verplant, um Kapital zu gewinnen. In ihr gilt die menschliche Lebenszeit nur als Rohmaterial, das sich in Geld ummünzen läßt.

3. Der dritte Schritt bestände dann darin, in den erwähnten Mechanismen Widersprüche und schwache Stellen aufzuspüren, die zugleich Ansatzpunkte zu einer sinnvollen gesellschaftlichen Praxis liefern könnten. Ohne die Perspektive einer grundlegenden Änderung unserer Gesellschaft aus den Augen zu verlieren, müßten wir im einzelnen Reformprogramme entwickeln, wie es am Beispiel der Hochschule bereits geschehen ist. Zugleich müßten wir uns über Lage und Bewußtseinsstand jener Kräfte informieren, die fähig wären, solche Reformprogramme durchzusetzen.

Mir scheint, daß heute die Linke, nachdem man sich wie der erwähnte Affe Sultan an den Gittern blindlings wundgestoßen hat, zu einem Moment des Innehaltens und Überlegens kommen sollte. Für den SDS und die Förderergesellschaft heißt das, daß wir in der nächsten Zeit durch Analysen die Voraussetzungen für eine sinnvolle politische Praxis erarbeiten müssen. Dazu gehört auch, daß wir auf Grund täglicher Erfahrungen überlegen, wie wir unsere Kräfte vervielfachen können, um so unserenbestehenden Organisationen politische Wirksamkeit zu verschaffen. Für die im engeren Sinne wissenschaftliche Arbeit wäre es sinnvoll, im SDS und vielleicht auch in der Förderergesellschaft das an einigen Orten bereits bewährte Prinzip der Studiengruppen neu zu beleben. Studiengruppen sind nicht dasselbe wie Arbeitskreise, in denen elementares Wissen vermittelt wird. Vielmehr sollten sich dazu 10 - 12 wissenschaftlich interessierte und möglichst geübte Leute zusammenfinden, um gemeinsam einen bestimmten Stoff zu erarbeiten, mit dem Ziel eines Schlußberichtes, der sowohl Analysen wie praktische Vorschläge enthält und dem Verband, befreundeten Organisationen und evtl. der Öffentlichkeit vorgelegt werden kann (wieder möchte ich, damit das alles nicht zu utopisch klingt, an die Hochschuldenkschrift erinnern).

Anknüpfend an das, was ich über die notwendigen drei Schritte sagte, sollen hier einige konkrete Themen genannt werden:

1. Eine Studiengruppe sollte das Problem der wirtschaftlichen Konzentration zum Thema haben. Ausgehend von der vorliegenden Literatur zu diesem Sachgebiet müßte ein Begriffsapparat erarbeitet werden, mit dessen Hilfe die bundesrepublikanische Wirtschaftsentwicklung analysiert werden könnte (dabei wäre es möglich, sich auf bereits vorliegendes Material wie Fritzkoleit, Spiegel-Serien, Statistiken, Gewerkschaftsarchive etc. zu stützen). Ziel dieser Arbeitsgruppe müßte es sein, an Hand der so gewonnenen Erkenntnisse ein realisierbares wirtschaftspolitisches Programm zu entwickeln, das die heute vorliegenden Programme unter Umständen korrigiert.

2. Eine andere Studiengruppe müßte die in der neuen kritik angeschnittene Frage über Änderungen der Koorperationsformen als Folge von Wandlungen in der Produktion im einzelnen untersuchen. Sie könnten dabei Ansatzpunkte für eine Konkretisierung und Erweiterung der Mitbestimmung entwickeln. Diese Arbeitsgruppe sollte die Marx'sche Fragestellung im Auge behalten, wie bei gleichbleibender oder gar noch gesteigerter Produktivität die Arbeit sich "mit dem geringsten Kraftaufwand" und unter den "der menschlichen Natur würdigsten und adäquadesten Bedingungen" vollziehen könnte.

3. Eine Studiengruppe sollte das Problem von gesellschaftlich notwendiger und zusätzlicher (das ist gesellschaftlich nutzloser) Arbeit analysieren. Ausgehend von der sehr vorläufigen Marx'schen Bestimmung der produktiven Arbeit über den Stellenwert dieses Begriffs in den Untersuchungen moderner bürgerlicher Ökonomen müßten wissenschaftliche Kriterien entwickelt werden, mit deren Hilfe sich bestimmen läßt, in welchen Wirtschaftszweigen und bürokratischen Apparaten Arbeit verschwendet wird. Ziel dieser Arbeitsgruppe müßte es sein, unter der Perspektive einer rationalisierten Gesellschaft Vorschläge für eine radikale Vereinfachung von Bürokratien zu machen und die mögliche Arbeitszeitverkürzung in einzelnen Wirtschaftszweigen konkret zu begründen.

4. Eine Studiengruppe über Kulturindustrie sollte jene Einflüsse untersuchen, die das Bewußtsein von Arbeitern und Angestellten heute weitgehend fremdbestimmen. Eine Untersuchung von Schlagertexten, Dutzendfilmen, Groschenheften, der Bild-Zeitung usw. soll die Mechanismen aufzeigen, mit denen man die Menschen heute künstlich an jener Grenze festhält, an der das Nachdenken über "die Anordnungen der Führerschaft" anfangen könnte.

(Einen detaillierten Plan mit weiteren Themenvorschlägen und Anmerkungen zur Organisation von Studiengruppen und Modellen für Arbeitskreise haben wir im Bundesvorstand ausgearbeitet, er wird euch vorgelegt werden.)

Ich habe diesen Aspekt unserer Arbeit herausgegriffen, weil es mir scheint, daß wir gerade auf diesem Gebiet gesellschaftlich Relevantes leisten könnten. Denn es ist bei uns üblich geworden, daß Wissenschaftler sich in der Regel nur mit Wissenschaft und Politiker nur mit Politik abgeben. Dieser Zustand wird vielleicht am ehesten durch eine Bemerkung illustriert, die ich kürzlich in einem Artikel über die IG-Metall fand. Dort wurde der Verdacht und Vorwurf geäußert, daß Otto Brenner, der sich anmaße in der bundesdeutschen Politik eine Rolle zu spielen, sich das Bücherlesen noch nicht ganz abgewöhnt habe. Ich zitiere wortlich: "Mit Büchern wird heute keine Politik gemacht. Welche einflußreichen Leute lesenheute noch ein Buch?" Diese Bemerkung zeigt, wie sehr zur Erhaltung des status quo die blinde und sogar theoriefeindliche Praxis gehört. Veränderung aber und jeder Schritt zu einer freien Gesellschaft ist untrennbar mit Theorie verbunden. Sozialistische Theorie sprengt die Borniertheit und Zukunftslosigkeit des spätbürgerlichen Bewußtseins. Wir haben es daher nicht nötig, mit einem Ideal vor dem Kopf herumzulaufen oder eine Ideologie gleich einem

roten Lämpchen mit uns herumzutragen, das alle Gegenstände in ein sanftes, den Augen angenehmes Licht taucht. Unsere Theorie sollte eher einem Scheinwerfergerät gleichen, dessen Licht stark genug ist, ein Stück des Wegs in die Zukunft zu erhellen, das aber zugleich, auf die gegenwärtige Gesellschaft gerichtet, grell ihre Risse, Sprünge, Jahrhunderte alten Staub, Muff und Spinnweben beleuchtet. Wenn wir so unsere Arbeit betrachten, werden wir vielleicht dem Anspruch gerecht, wirklich Neue Linke zu sein.

Hochschule in der Demokratie - Anspruch und Realität

Referat von Claus O f f e

In meinem Referat über die hochschulpolitische Situation will ich zunächst einige Gedanken über die Zusammenhänge zwischen der Gesellschaft und ihren Herrschaftsverhältnissen einerseits und der Hochschule als eines Teiles derselben andererseits vortragen. Dann sollen diese Zusammenhänge verdeutlicht werden in einer kurzen Kritik der Pläne, nach denen große Teile der Studentenschaft zukünftig zwangsweise in Wohnheimen und Kollegienhäusern untergebracht werden sollen. Dann ist Stellung zu nehmen zu der Frage, ob und wie weit in der BRD die Demokratisierung des Bildungswesens fortgeschritten ist. Abschließend will ich auf die Aufgaben eingehen, die die Studentenschaft im allgemeinen und sozialistische Studenten im besonderen sich angesichts dieser Situation zu stellen haben.

Alle diese Überlegungen sind hineingestellt in eine Situation, in der die Reform der Hochschule zum Schlagwort geworden ihre Notwendigkeit allgemein anerkannt ist, über ihre Richtung und Ziele jedoch kaum Einigkeit besteht. So zeichnen sich in der Diskussion um die Reform der Hochschule zwei Versionen ab, - die eine mehr konservativen, die andere mehr liberalen Charakters -, die sich unter den Parolen "Zurück zu Humboldt" und "Vorwärts zu einer marktgerechten Produktion von Akademikern" klassifizieren lassen.

Von beiden Seiten wird die Notwendigkeit einer Reform der bestehenden deutschen Hochschule als Folge gewisser gesellschaftlicher Veränderungen angesehen, denen auch die Hochschule Rechnung zu tragen hat. Diese gesellschaftlichen Veränderungen werden vereinfachend zusammengefaßt in der Wendung vom "steigenden Bedarf an akademisch qualifiziertem Nachwuchs" auf der liberalen Seite, bzw. in der "Vermassung der Universität" auf der konservativen. Beide beziehen sich objektiv auf die veränderte Weise der Produktion, die diesen Bedarf und seine Folgen erst auslöst.

Unter diesen Bedingungen gewinnt die Reform der Universität insofern einen gesellschaftspolitischen Aspekt, als sie das Mittel zur Zuordnung von Menschen mit gewissen Qualifikationen zu Berufspositionen mit gewissen Anforderungen ist. Diese geht als A u s b i l d u n g vor sich. Dies ist die eine gesellschaftliche Funktion, die die Universität hat. Die andere Funktion erklärt sich aus den heute noch fest im sozialen Bewußtsein verankerten Vorstellungen von einer akademischen W e r t - E l i t e , zu der die Zugehörigkeit sich automatisch mit dem Abschluß eines akademischen Studiums einstellt. Dieses akademische Wertbewußtsein und seine Anerkennung in Prestige - Skalen und Einkommenserwartungen resultierte ursprünglich aus der unbefragten Anerkennung der Herrschaftsinstanzen, in deren Dienst akademische Leistungen sich stellten, - also im wesentlichen Staat und Kirche -, ist heute allerdings nur mehr der sozial-psychologische Reflex der Un-erschütterlichkeit gesellschaftlicher Schranken.

Noch in einer frühkapitalistischen Gesellschaft war also der Stand der akademisch Gebildeten in der Lage, den eigenen Anspruch auf gesellschaftliche Spitzenstellung durchzusetzen und zu legitimieren, - solange jedenfalls, wie akademische Leistungen noch nicht in den Interessenkonflikt der kapitalistischen Produktion eingesponnen waren. Mit der Funktionalisierung von Wissenschaft und Wissenschaftlern auf ökonomische Interessenlagen hin ergab sich allerdings nicht mehr mit Selbstverständlichkeit die Gewährung der gesellschaftlichen Vorzugsstellung. Dies umso mehr, als mit der Verwissenschaftlichung von Funktionen, die bis dahin ohne wissenschaftliche Vorbildung erfüllt werden konnten, die Zahl der Akademiker größer wurde und die Mehrzahl von ihnen auch objektiv das nicht mehr erfüllte, wofür sie honoriert werden wollte: nämlich als Wert-Elite die führende Schicht der Gesellschaft zu sein.

In dem Augenblick, wo die Leistung der akademisch Gebildeten im Dienste ökonomischer Interessenlagen und ihr Anspruch auf Höherwertigkeit auseinanderfallen, wird der ideologische Charakter des Anspruches, Wert-Elite zu sein, vollends offenbar. Dieses Auseinanderfallen ist begründet: erstens in der Differenzierung innerhalb der Akademikerschaft selbst, die keineswegs ausschließlich mehr Führungsrollen innehat. Zweitens durch die Funktionalisierung der Wissenschaft auf ökonomische Interessen hin, die der allgemeinen Verbindlichkeit akademischer Leitbilder widerspricht.

Die Begründung der Notwendigkeit einer Hochschulreform mit dem steigenden Bedarf der Wirtschaft an qualifizierten Fachkräften, Der Ruf nach der marktkonformen Anpassung der Hochschulkapazität an die Nachfragesituation versucht denn auch heute gar nicht mehr, diesen Zusammenhang zwischen ökonomischen Interessenlagen und den Zielen der Hochschulreform zu dementieren. Treibende Kraft ist der spürbare Mangel an sogenannten akademischen "Führungspersönlichkeiten". Doch bleibt das Fordernde auf die Substanz des Geforderten nicht ohne Einfluß: das Produkt, auf das sich die Universität nach solchen Hochschulreform-Plänen zu spezialisieren hat, ist der hochschulspezialisierte geistige Facharbeiter, für den Rationalität sich in der willenlosen Lieferung von Zweck-Mittel-Relationen erschöpft.

Der geschäftsschädigende wissenschaftliche Personalmangel ist allerdings nicht das einzige Motiv der Bemühung um "die Wissenschaft". Ein anderer Gedanke, der sich der besonderen Förderung durch die SPD erfreut und die Wissenschaft ebensosehr unter das Diktat äußerlicher Herrschaftsansprüche stellt, ist der Hinweis auf die bedrohliche wissenschaftliche Leistungsfähigkeit des Ostens.

Tendenzen zur Anpassung der Universität und ihrer Ausbildungsprodukte an gesellschaftliche und politische Partialinteressen schließen daher auch aus, daß sich auf dem Wege über die explodierende Nachfrage die Schichtgrenzen und Privilegien auflösen und, etwa nach liberalem Modell, Demokratisierung der Bildungswege zur Begleiterscheinung der kapitalistischen Gesellschaft wird. Denn eine solche Demokratisierung müßte ja nicht nur formal die Chancengleichheit zum Inhalt haben, die es jedem gleichermaßen ermöglicht, sich in den Apparat übergeordneter Interessen einzuordnen. Vielmehr müßte sich durch sie die Möglichkeit ergeben, erworbene Qualifikation, erworbene Fähigkeit zur kritischen Rationalität, zur Emanzipation von diesen Herrschaftsverhältnissen anzuwenden.

Selbst wenn also die kapitalistische Gesellschaft die Gewährung der materiellen Chancengleichheit leisten könnte , entginge sie der Gefahr, sich selbst in Frage zu stellen, nur dadurch, daß sie wissenschaftliche Funktionsträger als Oberschicht abgrenzte und so der bestehenden Ordnung verpflichtete. Da diese Abgrenzung heute nicht mehr durch die materielle Vorzugsstellung allein gelingt, kommt der sozialpsychologischen Manipulation des Akademiker-Leitbildes wieder wachsende Bedeutung zu. Das Unternehmerinteresse am Investitionsgut Akademiker richtet sich nicht nur auf seine begrenzte, spezialisierte

Rationalität, sondern auch auf die unkritische Anpassung. Durch die Garantie eines privilegierten Status muß der Akademiker daran gehindert werden, seinen Anspruch von Rationalität auf diesen Status und die Gesellschaft selbst auszudehnen. Auf das Erziehungsleitbild der Universität bleibt dies nicht ohne Einfluß.

Vor allem beruht aber die Erwartung einer "selbsttätigen" Demokratisierung des Bildungswesens auf einer fundamentalen Fehlinterpretation des Interesses, das bestehende Herrschaftsinstanzen an der Wissenschaft haben können. Man sehe sich nur die Inserate des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft an, der nicht etwa in der Sorge um den wissenschaftlichen Fortschritt, sondern mit dem Appell an die investitionspolitische Pfiffigkeit der Unternehmerschaft die offene Hand hinhält.

Wenn aber der Typ der sich liberal gerierenden Hochschulreformer mit dem Ruf nach Kapazitätsanpassung Demokratisierung des Bildungswesens gar nicht intendieren kann, - dann ergibt sich eine interessante Übereinstimmung der liberalen mit der konservativen Universitätsideologie. Die Gemeinsamkeit besteht in der Proklamation eines "außerwissenschaftlichen Erziehungsauftrages der Universität", durch den die Grenzen, die die bestehende Gesellschaftsordnung rationalem Vorgehen zieht, im Bewußtsein schon des Studenten befestigt werden sollen. Der Unterschied zwischen Konservativen und Liberalen besteht dabei nur darin, daß jene den außerwissenschaftlichen Erziehungsauftrag sozialromantisch als Selbstzweck, diese ihn als Mittel verstehen, den wissenschaftlichen Facharbeiter im Sinne ökonomischer Interessen zuzubereiten.

Eine solche Interpretation des außerwissenschaftlichen Erziehungsauftrages muß selbstverständlich durch die ideologie-kritische Detailanalyse der vorliegenden Bildungskonzepte - wie studium generale, politische Bildung, akademische Standeserziehung - eingelöst werden. Diese Arbeit ist im wesentlichen geleistet in der Hochschuldenkschrift des SDS, die hier nicht zitiert werden braucht. Ebenso wichtig erscheint allerdings in der gegenwärtigen Situation die Untersuchung des pädagogischen Instrumentariums, dessen sich diese Konzeptionen bedienen.

I. Kollegienhäuser und Wohnheime

Das studentische Wohnen hat in den beiden letzten Jahren eine wachsende Bedeutung in den Planspielen der Hochschulreformer gewonnen. Doch wurde bis vor kurzem nur in einem Falle - dem von einem SPD-Kultusministerium protegierten Plan der Universität Bremen - eine Konzeption vorgelegt, die Aufschluß darüber gibt, in welcher Weise und durch welche organisatorische Formen das Privatleben des Studenten von der Universität überwacht und reglementiert werden soll. Im Sommer dieses Jahres ist nun ein Gutachten des Wissenschaftsrates "Zur Errichtung von Kollegienhäusern an wissenschaftlichen Hochschulen" veröffentlicht worden, das endgültig Klarheit verschafft.

Gefordert werden für die neuen Universitäten Kollegienhäuser, in denen zu wohnen für alle Studenten der ersten Semester zur Pflicht gemacht werden soll. Diese Forderung wird begründet mit der Tatsache, daß "heute Studenten aus allen sozialen Schichten zur Universität strömen" und es der Universität daher erschwert ist, "ihre Auslese- und Bildungsfunktion zu erfüllen". Angesichts dieser Situation sei das Kollegienhaus die geeignete Einrichtung, dem Studenten "Weisheit" zu vermitteln, seinen "Charakter zur formen", ihm "Vorbilder rechten Handelns vor Augen zu führen", ihn "in die akademische Gemeinschaft hineinwachsen zu lassen", ihm "Zusammenleben in der Atmosphäre einer akademischen Gemeinschaft einzuüben". Je 20 Studenten sollen zu diesem Zweck von einem Tutor "betreut" werden, die Tutoren unterstehen den sog. Protektoren, die für die Einzelhäuser verantwortlich sind und gemeinsam den Kollegienleiter als oberste Instanz über sich haben. Die Kollegienhäuser selbst sind auf dem Universitätsgelände angeordnet. Man lebt in Hausgemeinschaften, denen noch einige ältere Studenten beigegeben sind, die ihren Einfluß auf diese Gemeinschaft geltend machen sollen. Eine Hauptmahlzeit soll gemeinsam eingenommen werden, - schlafen dürfen diejenigen, die am Hochschulort beheimatet sind, daheim - während sie den Tag in der Hausgemeinschaft verbringen sollen, der sie zugeteilt sind.

Soweit das organisatorische Gerüst dieser geplanten Institutionen. Deren Kritik, jetzt abgesehen von den möglichen ideologischen Mustern, für die sie natürlich einen fetten Boden abgeben können, läßt sich unter den folgenden Aspekten zusammenfassen:

1.) Natürlich wird die Notwendigkeit solcher Institutionen begründet mit der Vereinzelung des Studenten in der Masse wie mit der Unübersichtlichkeit der zahlreichen und hochgradig spezialisierten Wissensgebiete. Dem habe die Bildungsfunktion des Kollegienhauses zu begegnen.

Zweifellos steht hinter dieser Bildungsfunktion ein Rest der Idee vom studium universale. Dem jungen Studenten allerdings muß sich ein solches Bildungsangebot als zusammenhanglos assortierte Menge von Wissensstoff darstellen, der gegenüber er sich nur rezeptiv-lernend verhalten kann. Kritisch-rationaler Welt-Orientierung ist diese Haltung entgegengesetzt.

2.) Das Lob der "kleinen überschaubaren Gemeinschaft" kehrt auch hier wieder. Die Antithese zur "Vermassung" verrät, als was sie dienen soll: als organisatorischer Schutz vor der gesellschaftlichen Realität nämlich, deren rationale Bewältigung dem Studenten schon, wie später dem Akademiker erspart werden soll, - und als Mittel, mögliche Nonkonformismen im Keim zu ersticken, sei es durch Selbstdomestikation, sei es auf dem Dienstwege. Kennzeichen des Lebens in der akademischen Gemeinschaft ist die zwanghafte Absonderung von jedem außer-akademischen Erfahrungsbereich.

3.) Das vorherrschende Verhaltensmuster, das die Bewohner solcher durchorganisierten, hierarchisch kontrollierten Wohnheime sich aneignen müssen, ist das der rezeptiven und konformistischen Einordnung in die Gemeinschaft, deren Zusammensetzung, Organisation und Arbeitsziele sich der Entscheidung des Einzelnen entziehen. Wie bei der reibungslosen Anpassung an einen solchen Apparat selbständiges und kritisches Denken zur Norm werden soll, ist nicht leicht vorzustellen, da ja auch die Gesamtheit der äußeren Lebensumstände von irrationalen Normen, denen der "akademischen Lebensweise" bestimmt werden soll.

4.) Auch die hier vorgeblich reparierte Gemeinschaft zwischen Lehrenden und Lernenden hat ihren Sinn nur da, wo sie durch sachbezogene Auseinandersetzung in der Diskussion, nicht aber, wo sie durch hierarchische Über- und Unterordnung vermittelt ist. Innerhalb einer solchen Organisation wird sie allenfalls zur Gemeinschaftsideologie, die, abgezogen von ihrem ursprünglichen Inhalt, als Quelle ständischer Selbstwertgefühle dient.

5.) Diese Gemeinschaftsideologie ist natürlich auch Ersatz für eine von der Studentenschaft geforderte substantielle Selbstverwaltungsorganisation. Spielraum, in dem Studenten wesentliche Teile des eigenen studienbezogenen Lebensbereiches selbst gestalten können, gibt es nicht mehr. Über ihr Fehlen kann auch die Existenz eines "miniatur-demokratischen" Selbstverwaltungsapparates nicht hinwegtäuschen. Auch dieser Plan steht unter dem Grundsatz: "Wir möchten die Studenten nicht mehr sich selbst überlassen, die Universität soll vielmehr Einfluß nehmen" (Prof. Hallermann).

6.) Unter solchen Lebensbedingungen dürfte sich die ideologische Indoktrination tatsächlich erübrigen. Gleichförmigkeit wird nicht mehr vorwiegend auf dem Umweg über ideologische Muster, sondern unmittelbar durch die Integration in einen pädagogischen Apparat erzielt, dessen Zwecke offenbar auch dieses Mittel heiligen. Zu fragen bleibt, wie der Wissenschafts begriff und der Anspruch von Rationalität beschaffen sind, denen man mit solchen Mitteln dient.

7.) Die umfassende Eingliederung aller privaten Bereiche des Studenten in den Erziehungsprozeß, der zur Aufgabe der Universität gemacht wird, zerstört die Möglichkeit der Privatheit selbst, die als Sphäre der Zurückgezogenheit, der Distanz Voraussetzung einer wichtigen Arbeitsform des Studiums ist. Stattdessen wird der Student, der diese Arbeitsform erst zu erlernen hätte, eingegliedert in eine Gruppe und ein hierarchisches System, auf dessen Zusammensetzung und Arbeitsziele er keinen Einfluß hat, - eine ziemlich genaue Vorwegnahme seiner späteren Angestellten-Existenz also.

Bezeichnend ist das Fehlen einer ökonomisch oder sozialpolitischen Argumentation bei der Begründung dieses Planes: der angespannte Wohungsmarkt in vielen Universitätsstädten sollte staatliche Vorkehrung für die Unterbringung von Studenten noch am ehesten rechtfertigen. Und es erscheint keineswegs ausgeschlossen, daß auch Studentendörfer diesen Zweck angemessen erfüllen könnten: nur eben dann nicht als pädagogische Instrumente der Universität, nicht als akademische Kadettenanstalten, sondern als preiswerte Möglichkeit eines selbständigen und ungestörten Studiums.

II. Demokratisierung des Bildungswesens

Wenn auch der Kollegienhausplan mit dem lädierten Bildungsmonopol der Oberschichten und mit dem Hinweis auf die unterschiedlichen sozialen Schichten argumentiert, aus denen die heutige Studentenschaft kommt, so will er doch das Leitbild der akademischen Wertelite auch für diese Schichten verbindlich machen. Einem solchen Konzept dürfte das Integrationsbedürfnis der Studenten aus kleinbürgerlichen Schichten sehr zugute kommen, von dem heute die Korporationen und ihr akademisches Rituell leben. Die institutionelle Befestigung dieses Leitbildes im Kollegienhaus zeigt aber auch, daß die herrschenden Intentionen der Hochschulreform Chancengleichheit nach außen ebensowenig wie Demokratisierung nach innen zum Ziel haben.

Abgesehen davon, daß die mangelhafte Kapazität der deutschen Hochschulen selbst schon eine handfeste Schranke darstellt, sind auch die ideologischen und institutionellen Schranken, hinter die sich die Universität heute zurückzieht, nicht das einzige und auch nicht das wesentliche Hindernis für eine Demokratisierung des Bildungswesens. Die Monopolisierung der qualifizierten Ausbildung durch die Oberschicht und Teile der Mittelschichten zeichnet sich sich bereits in der Oberschule ab, die heute keineswegs die Auswahl nur der Begabten und aller Begabten leistet, sondern weitgehend ein Instrument der standesgemäßen Karriere ist. Dazu einige Zahlen: von 100 Oberschulfähigen der Bevölkerung sind nur 35 tatsächlich auf der Oberschule. Auf 100 überdurchschnittlich Begabte entfallen 43, die nicht zur Oberschule gelangen. Auf 100 Oberschüler entfallen aber 11, die gar nicht oberschulfähig, sondern nur für die Volksschule geeignet sind. Diese 11 Prozent entfallen überwiegend auf die Oberschicht und die Mittelschichten. - Auch die Oberschule ist also ein Instrument zur Vererbung höherer Positionen. Bezeichnend ist für unsere Gesellschaft, daß sich diese Privilegierung kaum noch auf dem Wege über gesetzlichen Zwang, sondern direkt durch materielle Verhältnisse und ideologische Ansprüche vollzieht.

Das Ausmaß, in dem solche soziale Ungerechtigkeit heute durch Institutionen des 2. Bildungsweges ausgeglichen wird, ist minimal. Vor allem kann diese Ungerechtigkeit dann noch nicht als aufgehoben gelten, wenn zwar die Einrichtungen des 2. Bildungsweges bestehen, ihre erfolgreiche Benutzung aber von einem Maximum an materiellem und Energie-Aufwand abhängt, das anderen beim Oberschulbesuch erspart bleibt. In diesem Zusammenhang muß das Ausbildungsförderungsgesetz kurz erwähnt werden, das die SPD-Bundestagsfraktion im Entwurf vorgelegt hat,und zu dem der SDS bereits ausführlich Stellung genommen hat. Dieser Gesetzentwurf muß begrüßt werden, soweit er auf dem Gebiet der allgemeinen Ausbildungsförderung in unteren und mittleren Ausbildungsgängenmaterielle Erleichterungen schafft. Was die Studentenförderung betrifft, so bindet sich der Entwurf allerdings an das Subsidiaritätsprinzip der katholischen Soziallehre, indem er den Elternbeitrag und das Darlehen beibehält. Das Universitätsstudium behält also auch nach diesem Entwurf den Charakter einer von der Familie oder von den "freien Kräften der Wirtschaft" getragenen Investition, von der derjenige ausgeschlossen bleibt, der das Investitionskapital nicht aufbringen kann. Jedenfalls unterliegen ärmere Studienbewerber weiterhin schärferen Auswahlkriterien, - die Ungleichheit der Chancen bleibt bestehen, - wenn auch in abgemilderter

Form. Dieser Gesetzentwurf, wenngleich noch nicht geeignet, den Grundgesetz-Anspruch des sozialen Rechtsstaates voll einzulösen, stieß im Deutschen Bundestag auf die folgende denkwürdige Argumentation des Bundesfamilienministers, die zeigt, welche Chancen die Demokratisierung des Bildungswesens bei uns heute hat. Er sagte: "Ein solches Gesetz würde nicht als Anregung, sondern als Hemmnis für die wertvollen Bemühungen freier Kräfte und privater Stellen wirken." Eben diese "Anregung freier Kräfte" ist das Ziel einer Hochschulpolitik, die den wissenschaftlichen Nachwuchs und die Wissenschaft selbst der massiven Einflußnahme der wirtschaftlichen Interessengruppen und ihrer Investitionspolitik aussetzt.

III. Die politische Aufgabe der Studentenschaft

Überlegungen über die Aufgaben, die angesichts dieser Situation der Studentenschaft zukommen, haben im letzten Jahr bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Freilich wird der Ruf nach dem "Abschied vom Elfenbeinturm" von interessierter Seite gern als Freibrief genommen, nun auch handfeste politische Indoktrination zu treiben. So lange mit dieser Parole die Politisierung der Universität die Orientierung von Forschung, Lehre und Studium an politischen und gesellschaftlichen Partialinteressen gemeint ist, wäre der Elfenbeinturm der vermeintlichen Abgeschiedenheit tatsächlich vorzuziehen. Nur wenn dies "Abschied" die rationale Durchdringung der Verhältnisse zum Ziel hat, deren Teil die Universität selbst ist, kann er mit Emanzipation und Aufklärung verbunden sein. Die Gefahr, daß die sogenannte politische Bildung zum Mittel der Gleichschaltung der Studentenschaft wird, ist groß und wächst in dem Maße, wie die unkritische Hinnahme politischer Dogmen die Reflexion über deren Ursprung und Ziel ersetzt.

Die politische Konzeption des Verbandes Deutscher Studentenschaften zeugt demgegenüber davon, daß wichtige Teile der Studentenschaft nicht bereit sind, sich weiterhin ideologischen Manipulationen auszusetzen, die die Studentenschaft zu verläßlichen Stützen der bestehenden Gesellschaft machen sollen. Die Charta des VDS, die als politisches Grundsatzprogramm des Verbandes im Frühjahr dieses Jahres verabschiedet wurde, berührt die Zusammenhänge, die zwischen der politischen und gesellschaftlichen Ordnung einerseits und der Universität und ihrer möglichen demokratischen Reform andererseits bestehen. Diesen Zusammenhängen entspricht die Forderung nach

politischen Aktionen der Studentenschaft, nach Aktionen allerdings, die sich nicht auf den Bereich der Hochschule beschränken, sondern sich in erster Linie auf diejenigen Bedingungen in Staat und Gesellschaft richten, die eine demokratische Gestalt der Hochschule erst ermöglichen.

Die dabei noch bestehenden Unklarheiten darüber, welche konkreten gesellschaftlichen Bedingungen heute die Demokratisierung des Bildungswesens verhindern, und darüber, wie man diese Bedingungen wirksam verändern will, ändert nichts daran, daß mit dieser Konzeption des VDS ein wesentlicher Fortschritt erreicht ist. Unabhängig davon, ob er hier und jetzt erfüllt werden kann, ist hier ein Anspruch gestellt, der im Dienste der Emanzipation der Universität und der Wissenschaft von gesellschaftlichen und politischen Partialinteressen und Ideologien steht.

Ich meine, daß die hiermit gebotene Möglichkeit unserer hochschulpolitischen Arbeit einigen Auftrieb geben kann. Über sie möchte ich abschließend noch etwas sagen. - Es wäre naiver Optimismus anzunehmen, wir könnten die bestehende Situation an den Hochschulen und die Richtung einer Hochschulreform entscheidend verändern, indem wir in Arbeitskreisen Gutachten anfertigen, Erklärungen abgeben und Konstruktionen für die Neuordnung des Bildungswesens entwickeln. Selbstverständlich ist eine solche theoretische Arbeit die Grundlage, aber auch nur die Grundlage unserer hochschulpolitischen Aktionen. An solchen Entwürfen können wir die bestehende Wirklichkeit messen und kritisieren, nicht aber sie wesentlich verändern. Wir können nicht einerseits die Verhältnisse in der Universität als Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse interpretieren und andererseits erwarten, sie ließen sich verändern durch gesetzestechnische Entwürfe und beschriebenes Papier.

Unsere Möglichkeit liegt in der Bewußtseinsbildung, in der Aufklärung, nicht in der direkten Veränderung. Daher ist es unsere Aufgabe, uns nicht mit der Programmatik zu begnügen, sondern jede Gelegenheit herbeizuführen und wahrzunehmen, sie im Bewußtsein der Studentenschaft fruchtbar werden zu lassen. Die Diskussion und Auseinandersetzung auf breitester Basis ist Voraussetzung dafür, daß nicht alle kritischen Bemühungen nutzlos bleiben.

Gerade auf dem Gebiet der Hochschulpolitik ist es uns möglich, innerhalb der Studentenschaft einen Fundus gemeinsamer Erfahrungen zu diskutieren. Eine solche Haltung setzt natürlich die Bereitschaft zur Diskussion mit jedem voraus, und gerade die Frage der politischen Aufgaben der Studentenschaft als Gesamtheit ist ein Thema, das auf breitester Basis diskutiert werden muß. Die Praxis der Verbändegespräche, die vom VDS eingeleitet worden ist, könnte auf Initiative der SDS-Gruppen auf Hochschulebene und vor allem öffentlich fortgeführt werden. Wieweit die Praxis solcher Auseinandersetzungen sich in Zusammenarbeit mit den Selbstverwaltungsorganen realisieren läßt, bleibt den jeweiligen Verhältnissen überlassen. Wichtiger ist, daß die SDS-Gruppen sich zu hochschulpolitischen Fragen einer breiten studentischen Öffentlichkeit stellen, und zwar nicht nur auf SDS-Veranstaltungen, sondern auch auf öffentlichen Foren, in der Studentenpresse usw.

Darüber hinaus dürfte aber auch dieses Verhalten der eigenen theoretischen Arbeit in den Gruppen zugute kommen. Gerade die Hochschulpolitik bietet die Chance, von den gemeinsamen Erfahrungstatbeständen der bestehenden Hochschulwirklichkeit ausgehend, die gesellschaftlichen Bedingungen für diese Wirklichkeit aufzusuchen und auch uns selbst deutlicher bewußt zu machen.

Perspektiven internationaler Zusammenarbeit

Referat von Hannes Friedrich

Der Begriff von Sozialismus und sein Inhalt haben sich schon immer so bestimmt, daß sie nicht auf nationale Kategorien abgezogen werden konnten. Trotzdem hat sich die Internationalität der verschiedenen sozialistischen Bewegungen in die Rethorik, nämlich in leere abstrakte Deklarationen der gegenseitigen Solidarität verflüchtigt, in der sich die offiziellen bürokratischen Organisationen erschöpfen. Internationale Zusammenarbeit, die auf die gemeinsame Lösung von Problemen abzielte, vor die sich alles sozialistischen Bewegungen gestellt sehen mußten, wurde mehr oder weniger in eine nationale umgewandelt, indem das Verhältnis der Integrierung der nationalen Belange in eine internationale Perspektive in sein Gegenteil verkehrt wurde. Die Geschichte aller bisherigen Internationalen verkörpert den Versuch der jeweils mächtigsten Organisationen, ungeachtet der verschiedenen nationalen Entwicklungsbedingungen, die Sache der Internationalen mit ihrer eigenen Sache zu identifizieren.

Welche Bedeutung hat eine internationale Zusammenarbeit für den SDS? Theorie und Praxis sind nicht zweierlei, sondern nirgend so offensichtlich wie in der internationalen Zusammenarbeit aufeinander angewiesen. Die Renaissance einer unabhängigen Linken in Europa, deren Begriff leider ein wenig überstrapaziert worden ist, verstand sich in erster Linie als Reaktion gegen die starre, provinzielle Politik der traditionallen sozialistischen Organisationen: Die unabhängige Linke in Europa will die Diskussion über die Theorie und die Probleme des Sozialismus aufs neue entfachen, d.h., von vornherein mit einer internationalen Perspektive. Heute mehr denn je ist es notwendig, die Analyse und Theorie der Gesellschaft gemeinsam zu unternehmen - zeigt sich doch mit erschreckender Deutlichkeit, wie die "Integration des Widerspruchs", d.h., die Integrierung der Arbeiterbewegung in das soziale System, das heute mit Neo- oder Sozialkapitalismus, mit sozialer Partnerschaft oder sozialer Marktwirtschaft bezeichnet wird, weitgehend gelungen ist. Indem die Arbeiterbewegung dem neuen Kapitalismus nichts als wortradikale Postulate entgegenzusetzen wußte, bewies sie nur ihre eigene Ohnmacht, diesem Prozeß eine konkrete Alternative entgegenzustellen.

Vielleicht ist am Phänomen des Sozialkapitalismus deutliche geworden, was internationale Zusammenarbeit für die politischen Probleme, die die Arbeiterbewegung noch nicht gelöst hat, bedeutet - kann man doch daran das Marxsche Prinzip der "bestimmten Abstraktion" für alle fruchtbar machen, indem man die gesellschaftlichen Tendenzen am besten dort analysieren kann, wo die Modifikation des Kapitalismus am weitesten forgeschritten ist, dort, wo der Kapitalismus durch wohlfahrtsstaatliche Herrschaftstechniken sich die Zustimmung derer einhandelt, die einst an der Aufhebung an der gesellschaftlichen Widersprüche interessiert waren, und meinten, sich damit der objektiven gesellschaftlichen Widersprüche entledigt zu haben. Es genügt jedoch nicht, diese internationale Konsolidierung des Kapitalismus zu durchschauen, es kommt für uns darauf an, in allen kapitalistischen Ländern der Regeneration des Kapitalismus eine Regeneration der Arbeiterbewegung entgegenzusetzen.

Zur Regeneration der Arbeiterbewegung gehört ebensosehr, im Bereiche des Ostblocks die Illusion als Ideologie zu entlarven, daß durch die Einführung planwirtschaftlicher Prinzipien überhaupt schon der demokratische Charakter einer widerspruchsfreien Gesellschaft automatisch etabliert sei.

Wie sieht die internationale Zusammenarbeit praktisch aus? Diese allgemeinen Ausführungen sollen nicht abstrakt im Raume stehen, sondern sie gehören in den Rahmen der für den SDS möglichen und zu verwirklichenden Auslandsarbeit. Als eine der wichtigsten praktischen Methoden zur gemeinsamen Arbeit und Diskussion über theoretische und politische Probleme sind die internationen Seminare anzusehen, auf denen man ahne sinnlose Schlußresolutionen sich der Erarbeitung konkreter Themen widmen kann und Anregung für die eigene politische Praxis gegeben werden. Hier ist gleichfalls ein Berührungspunkt zwischen der Arbeit des Bundesvorstandes und der Gruppen: Hatte sich der Auslandsarbeit bisher nur eine kleine Anzahl von Genossen vom Auslandsreferat gewidmet,so sollte man für die zukünftige Arbeit versuchen, (1) den Kreis der Informations- und Auslandskontaktträger zu vergrößern und (2) bestimmte Teile der Auslandsarbeit in den größeren Gruppen zu verankern, z.B. daß Arbeitsseminare zwischen ausländischen Gruppen und SDS-Gruppen veranstaltet werden; großes Interesse besteht z.B. bei den Engländern, Holländern, Belgiern, Dänen, Franzosen und Italienern. An Themen

fehlt es gewiß nicht: Mit hochschulpolitischen, soziologischen und ökonomischen, partei- und gewerkschaftspolitischen Problemen haben wir und unsere befreundeten Organisationen sich täglich auseinanderzusetzen. Als Beispiel möchte ich die Kieler Gruppe anführen, die mit dem dänischen Frit Forum mehrere Seminare durchgeführt hat. Ein weiterer Punkt, der die Zusammenarbeit vom Bundesvorstand und Gruppen berührt, ist der Austausch von Publikationen, der vom bloßen Informieren bis zur Konzipierung von Artikeln über ganz bestimmte Probleme gehen kann. -- Bestimmte nationale Perspektiven würden dadurch ausgeweitet werden.

Der SDS ist besonders daran interessiert, in internationalen Organisationen mitzuarbeiten, sofern er eine Möglichkeit sieht, daß ihm eine sachliche Diskussion darin gewährt wird, und er seinen Konzeptionen genügend Resonanz verschaffen kann, wie z.B. bisher in der Sozialistischen Jugendinternationalen(IUSY). Per Aasen, der Generalsekretär der IUSY, forderte in seinem Rechenschaftsbericht auf der letzten Sitzung des Exekutivbüros: "Als Alternative sehe ich eine IUSY, die es sich zum Ziel setzt, eine Organisation auf breiter Basis zu schaffen mit Mitgliedern, die das eine gemeinsam haben, daß sie an die Grundideen des demokratischen Sozialismus glauben und eine allgemeine politische Plattform akzeptieren, aber darüber hinaus einen beträchtlichen Grad von Aktionsfreiheit genießen sollten." Darunter ist eine wide scale organisation zu verstehen, in der auch linkssozialistische und "neue linke Organisationen" arbeiten können.

Es geht uns dabei nicht um politische Intrigen und dergleichen, sondern um eine Verstärkung der offenen Diskussion über die Theorie und Praxis des Sozialismus und der verschiedenen sozialistischen Bewegungen. Gleichzeitig aber erhoffen wir uns Wirksamkeit für bestimmte politische Aktionen, die sich gegen Tendenzen des Neo-Kolonialismus, die Unterdrückung von Völkern und Klassen und gegen die Bedrohung des Friedens richten, wie sie sich in Atomexperimenten in Ost und West dokumentieren. Der SDS sieht eine positive Funktion solcher internationalen Organisationen wie der IUSY darin, daß sie ganz besonders geeignet sind, in gemeinsamer Arbeit konkrete politische Vorschläge auszuarbeiten, die zur Lösung aktueller und permanenter Konflikte beitragen können.

Das bedeutet, daß die IUSY nicht bei der Annahme von politischen Resolutionen stehenbleibt, die sich z.B. gegen die südafrikanische Rassenpolitik richten, sondern daß die einzelnen Mitgliedsorganisationen diese auch zu verwirklichen suchen müssen. Der SDS beabsichtigt z.B., Demonstrationen gegen die südafrikanische Rassenpolitik am 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, durchzuführen. Im vergangenen Jahr haben wir den angolesischen Widerstand unterstützt und diese Unterstützung wird im kommenden Jahr verstärkt fortgesetzt.

Als eine der wichtigsten Aufgaben für die zukünftige Arbeit sollte die Herausgabe eines SDS-Auslandsinformationsdienstes gelten, mit dessen Hilfe wir befreundete und interessierte Organisationen über politische Ereignisse in der Bundesrepublik und internationale Probleme informieren. Es sollen nicht bloß abstrakt - freundschaftliche Kontakte bestehen, sondern diese sind auf einen realen Sachbezug abzustellen.

Gegenwärtiger Stand der Auslandsarbeit.
Ich möchte nur kurz auf unsere gegenwärtigen Auslandsbeziehungen eingehen: Wie ihr alle wißt, hat sich die SPD-Unvereinbarkeitserklärung auch auf die IUSY ausgewirkt: Trotz eines ziemlich objektiven Berichts einer eigens für die deutsche Studentenfrage eingesetzten IUSY-Kommission, in welchem dem SDS ohne Bedenken zuerkannt wird, daß er auf dem Boden des demokratischen Sozialismus steht, wurde unser Mitgliedsschaft-Status herabgesetzt zu dem einer koorperierenden Organisation, während der Sozialdemokratische Hochschulbund die volle Mitgliedschaft zugesprochen erhielt. Die Begründung war mehr als fadenscheinig: Da wir keiner Partei angehörten und die SPD als der Vertreter des demokratischen Sozialismus in Deutschland von der IUSY angesehen würde, könnten wir nicht Vollmitglied sein. Diese Entscheidung muß auf dem nächsten IUSY-Weltkongreß bestätigt werden. Es war inzwischen zu erfahren, wie die Entscheidung zustande gekommen ist: Die SPD und der parteikonforme Studentenverband sowie die Jungsozialisten übten einen starken Druck auf das IUSY-Büro aus, indem gedroht wurde, daß man die IUSY verlassen werde, wenn der SDS nicht ausgeschlossen würde. Per Aasen führte dazu folgendes aus: "In meiner Meinung sollten sowohl die SPD, wie auch unsere deutschen Mitgliederorganisationen eine flexiblere Haltung in der SDS-Frage auf internationaler Ebene einnehmen - aus vielen Gründen. Und ich betrachte es

als einen Mangel an internationaler Verständigung und den daraus resultierenden Implikationen, als sie sich nicht so verhalten haben, sondern die IUSY ohne Alternative die kompromißlose Forderung der SPD hinnehmen mußte." Der SDS bedauert nur, daß dies erst jetzt gesagt wurde und nicht vor der offiziellen Entschließung. Wir glauben, daß die letzte Entscheidung über die Mitgliedschaft in der IUSY noch nicht gefallen ist und legen gleichzeitig Wert auf diese, da sich - entgegen den Erwartungen der Sozialdemokratien, die die IUSY auf eine starre, steinerne Haltung verpflichten wollen - einige Veränderung in der IUSY bemerkbar machen.

Die besten Kontakte hatten wir zu den englischen Labour-Studenten (NALSO), bei denen uns der Genosse Nitsch während seines Studiums in England vertrat. Es ist geplant, mit diesen und anderen westeuropäischen Organisationen wieder ein Seminar durchzuführen.

Gute Kontakte bestanden ferner zu den italienischen Jungsozialisten der Nenni-Partei, die für die westeuropäischen Jugendorganisationen ein Seminar über das Problem der EWG veranstalteten, ferner zu den Belgiern (J.G.S.), den Holländern (Politeia), Franzosen, Dänen (Frit Forum und Sozialistische Volkspartei) und Amerikanern (YPSL und SDS), bei denen und der Genosse Vester während seines Studiums in Amerika vertrat. Das Problem der EWG war auch Gegenstand eines Seminars, das von der dänischen Sozialistischen Volkspartei in Kopenhagen veranstaltet wurde.

Freundschaftliche Kontakte unterhalten wir zu afrikanischen Gewerkschaftern und Jugendorganisationen, die aber noch weiter verstärkt werden müssen. Mit dem japanischen Verband der studentischen Selbstverwaltungen, den Zengakuren, haben wir kurzem Kontakte aufgenommen, desgleichen mit der amerikanischen Student Peace Union, mit der wir eng zusammenarbeiten werden. Zu anderen Organisationen in Asien besthen lose Kontakte.

Ganz allgemein ist an dieser Stelle zu sagen, daß der SDS seine Auslandsarbeit nicht als Formierungskampagne von Fraktionen auffaßt -- dieser Vorwurf kann nur an die Leute zurückgegeben werden, die ihn erheben, haben sie doch im Laufe ihrer eigenen politischen Vergangenheit genügend Erfahrung darin gesammelt; dem SDS geht es vielmehr in allererster Linie um eine Diskussion, in der die politischen Probleme

sachlich analysiert werden und von der alle Teile profitieren können.

Ich hoffe, die Notwendigkeit für eine internatione Zusammenarbeit aufgezeigt zu haben: Es gilt, daß die Gruppen durch Seminare, Austausch von Publikationen und Kontakte, die schon auf privater Ebene beginnen können, aktiv daran teilnehmen und mit dem Bundesvorstand gemeinsam diese ausweiten. Soll die eigene theoretische und praktische Arbeit nicht versteinern und sich nur in einen blinden, wortstarken Aktivismus flüchten, so müssen wir versuchen, gemeinsam mit ausländischen Sozialisten die Probleme zu lösen, mit denen die sozialistische Bewegung konfrontiert wird.